

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferungen infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Ersatzlieferung.“

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a. Fernruf: 77 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 224 B

BEFLIN • Freitag, den 23. September 1932

I. JAHRGANG



# Neuer Angriff Papens: Streik gegen Lohnabbau verboten!

W—er. Die Durchführung des Papenschen Planes macht seinen Beamten viel Kopferbrechen! Die erste Durchführungsverordnung zur Notverordnung vom 5. September, in der zur Berechnung von Lohnsenkungen eine besondere „Bemessungsgrundlage“ geschaffen wurde, beruhte, wie man hört, auf mehr als 40 Referenten-Entwürfen, die sich bemühten, die Vorschriften der Notverordnung durch eine Durchführungsverordnung etwas vernünftiger zu gestalten. Nach der Notverordnung selber wäre bekanntlich — entgegen Papens Ankündigung in Münster — in sehr vielen Fällen die in den Betrieben ausgezahlte Lohnsumme gesunken. Die als Durchführungsverordnung Nr. 1 veröffentlichte Summe jener 40 Entwürfe war so unklar, daß zum Beispiel das „Berliner Tageblatt“ den Arbeitgebern in Zahlenbeispielen sauber vorrechnete, was für sie dabei herauskam, und nach vier Tagen eine lange Berichtigung loslassen mußte; es hatte bei Aufstellung seiner Tabellen die krausen Worte der Notverordnung anders ausgelegt als die Herren vom Reichsarbeitsministerium. Was nicht gegen das „Berliner Tageblatt“, wohl aber gegen die heutigen Regenten Deutschlands spricht und

Bei der zweiten Durchführungsverordnung — die dritte und vierte ist bereits angekündigt — leistet sich das Reichsarbeitsministerium folgendes:

Die Verordnung ist datiert vom 21. September und tritt mit Rückwirkung auf den 15. September in Kraft!

Die Durchführungsverordnung betrifft die Kürzung der Akkordverdienste. Die Arbeitgeber sind berechtigt, auch die Akkordverdienste der einzelnen Arbeitnehmer für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde unter den bekannten Voraussetzungen zu kürzen. Dabei sollen jedoch 10 Prozent des Akkordverdienstes ungekürzt bleiben —

eine völlig willkürliche Bemessung der übertariflichen Verdienste!

Da praktisch schwer festzustellen wäre, welcher Teil des Akkordverdienstes gerade in der 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde erarbeitet worden ist, soll bei der Berechnung des zulässigen Lohnabbaus eine gleichmäßige Verteilung des Akkordverdienstes auf die einzelnen Stunden angenommen werden.

„Zur Vermeidung von Zweifeln“

weist die amtliche Erläuterung darauf hin, daß nach der Absicht der Verordnung der Arbeitgeber, der die Tariflöhne und -sätze mit der zugelassenen Abweichung zahlt, damit den Tarifvertrag und den Arbeitsvertrag erfüllt. Aus der Durchführungspflicht der Tarifvertragsparteien folge also nicht etwa, daß der Arbeitgeberverband den ihm angeschlossenen Arbeitgeber dazu anhalten müßte, trotz der ihm durch die Verordnung verliehenen Berechtigung den vollen Tariflohn zu zahlen. Andererseits würde eine

Gewerkschaft, die einen gegen die gesetzlich zugelassene Unterschreitung der Tarifvertragsätze gerichteten Arbeitskämpf unterstützte, gegen die tarifvertragliche Friedenspflicht verstoßen.

Damit hat die Regierung Papen einen ziemlich ungewöhnlichen Trick vor: Sie will die Verpflichtung der Gewerkschaften, gegen eine tariflich abgeschlossene Vereinbarung nicht zu streiken, hier ausdehnen auf eine Verpflichtung, den Kram, den ihre vierzig Referenten, die sich am grünen Tisch etwas über die erlaubte Höhe von Akkordverdiensten austüfteln, unbeschänkt hinzunehmen. Sie will also einfach irgend etwas verordnen, dann erklären, dies sei ein Tarif und deshalb gelte dafür die Friedenspflicht. Das ist also das, was Herr von Papen und sein arbeitsministerieller Kollege Schaeffer als die

„Erhaltung der begrifflichen Merkmale des Tarifrechts“

hingestellt haben, wofür Herr Schaeffer neulich in Düsseldorf sogar von den christlichen Gewerkschaftskollegen und zwar mit Recht ausgepöfeln worden ist. Ein anderes Schicksal verdient die ganze Notverordnung der Regierung Papen; und diese selber nicht, die schließlich auch von der deutschen Reichsverfassung vielleicht nur noch die „begrifflichen Merkmale“ übrig lassen möchte.

## Sondergerichte und Sondergerechtigkeit.

### Drei Urteile Sonderjustiz.

Sondergericht Paderborn. Verhandlungsgegenstand: planmäßiger nationalsozialistischer Ueberfall mit Erschießung eines Kommunisten.

In der Nacht zum 31. Juli hatten sich Nazis in Neuhaus bei Paderborn „bedroht gefühlt“ und gingen deswegen zu dem Nazi Dr. Linden, der Arzt in Neuhaus ist, damit Linden Hilfe besorge. (Ein Angriff war nicht erfolgt.) Auf dem Wege zu Linden trafen sie einen Mann mit den drei Pfaffen. Im Vorbeigehen überfielen die „Bedrohten“ den Sozialdemokraten und schlugen ihn nieder. Linden holte „Hilfe“. Zwischen Neuhaus und dem Sennelager überfiel dieser „Hilfszug“ vier sozialdemokratische Plakatkleber. Einige hundert Meter weiter traf der SA-Ueberfallwagen auf

Dr. Linden ließ den Wagen halten und schoß blindlings in die fliehende Kolonne. Dabei wurde der Kommunist Brisicke getötet.

Vor Gericht bekundete der SA-Mann Steffens, daß diese Ueberfälle planmäßig vorgenommen wurden; ein anderer SA-Mann bestätigte dies. Der intellektuelle Führer der Mordexpedition, Dr. Linden, aber behauptete, er sei geistig nicht zurechnungsfähig; weil er früher — Morphinist gewesen sei!

Das Urteil: Gegen Linden bei Zubilligung verminderter Zurechnungsfähigkeit sieben Jahre Gefängnis. Die übrigen Nazis erhielten Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu zwei Jahren.

Man muß dieses Urteil mit dem von Ohlau vergleichen!

Man muß dabei beachten, daß im Paderborner Fall ein nationalsozialistischer Ueberfall, der nichts mit Abwehr zu tun hatte, eindeutig vorlag! Wenn es nicht neben dem deutschen Wort „Gerechtigkeit“ das entsprechende lateinische Wort „Justiz“ gäbe, so müßte man eine neue Bezeichnung erfinden, um das, was an den Gerichten vorgeht, bezeichnen zu können.

Natürlich genügt es nicht, diese Regierung auszufpeifen; sie muß rausgeworfen werden. Wenn die Gewerkschaften den Streik gegen Lohnabbau nicht unterstützen dürfen, dann müssen die Kollegen mit andern Mitteln gegen den Lohnabbau protestieren. Diese anderen Mittel sind den Kollegen im Betrieb seit langem bekannt und werden auch benutzt. Sie haben auch jetzt in vielen Fällen bereits zum Erfolg geführt, wo die passive Resistenz der Kollegen die Herren Abbauer genötigt hat, ihre Abbauwünsche — und nicht anderer Leute Löhne — abzubauen.

Aber der Streik, der von Papen erschwert werden soll, muß sich dann eben gegen die Regierung Papen selber richten.

Die Arbeiterschaft wird sich zu überlegen haben, ob sie ihre Hand bietet, an einer Staats„ordnung“ mitzuwirken (das tut sie nämlich auch durch Aufrechterhaltung der Arbeit und des Verkehrs z. B.), der Herr von Papen und seine Freunde vorstehen. Diese Herren, die die Tätigkeit der arbeitenden Klassen so gering schätzen, wie das aus jedem ihrer Erlasse hervorgeht, verdienen nicht, daß die Arbeiterschaft sie auch nur in irgend einem Punkte unterstützt. Eine Regierung ist dazu da, die vorhandenen Interessen gerechter Weise auszugleichen, aber nicht, wie das die Papen-Regierung tut, die Interessen der einen Gruppe völlig zu vernachlässigen und deren Rechte unter der höhnischen Bezeichnung der „Erhaltung der begrifflichen Merkmale“ abzubauen, während gleichzeitig eine bankerotte Gruppe von Faulenzern und

Das Flensburger Sondergericht fällt am Dienstag ebenfalls wegen eines zugegebenermaßen planmäßigen Naziüberfalls das Urteil. Dieser Fall fiel unter die verschärften Bestimmungen der Terrornotverordnung.

Sieben Nazis waren angeklagt, am 3. September in Erde Reichsbannerleute überfallen und mit Gummiknüppeln und Schlagringen bearbeitet zu haben.

Urteil: Für alle Angeklagten Zuchthausstrafen von einem Jahr bis zu einem Jahr sechs Monaten. Die Urteilsbegründung betonte, daß es sich um einen planmäßigen Ueberfall gehandelt habe.

Trotzdem kaum mehr als die gesetzliche Mindeststrafe wegen einfachen Landfriedensbruchs!

Wie kommt es, daß keine Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus erfolgt ist, die (als gesetzliche Mindeststrafe) jeden hätte treffen müssen, der bei dieser Schlägerei auf einen Gegner eingeschlagen hat? Wie kommt es, daß — obwohl ein planmäßiger Ueberfall vorlag —, niemand wegen Rädelsführerschaft verurteilt wurde (ebenfalls zehn Jahre Zuchthaus Mindeststrafe)?

Ganz anders gegen Kommunisten! Am Mittwoch fällt das Beuthener Sondergericht ein Urteil gegen Kommunisten, die gegen niemand gewalttätig gewesen waren. Sie waren angeklagt, unberechtigt Kriegsgewehre (ein Gewehr, Modell 98, eine 7,6 Millimeter-Pistole und Sprengstoff) aufbewahrt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte insgesamt Zuchthausstrafen von 29 Jahren. Das Gericht trennte das Verfahren gegen den Hauptangeklagten, Grubenarbeiter Sokolik, ab, der auf seinen Geisteszustand untersucht werden soll.

Der Schmied Meier wurde zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenverlust verurteilt, die anderen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von zwei bis vier Monaten. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

aufgeblasenen Nichtskönnern wie die deutschen Großgrundbesitzer und die industriellen deutschen „Wirtschaftsführer“ aufgepöppelt und mit Arbeitergroschen erhalten wird.

Wenn der wirtschaftliche Streik von der Papen-Regierung hier auf eine juristisch und menschlich anfechtbare Art verboten werden soll, dann müssen die Gewerkschaften und die politischen Parteien überlegen, das Machtmittel der Arbeiterschaft, den politischen Massenstreik, gegen diese Herren zu organisieren.

In der Zeit der ungeheuren wirtschaftlichen Not ist nicht eine Regierung nötig, die ihre Zeit mit Manövern, nationalistischen Kirchenvereinsfesten, und Bemühungen um die Aufrüstung verbringt. In dieser Zeit (und natürlich auch in einer andern) ist eine Regierung nötig, die die arbeitenden Klassen nicht schutzlos macht gegenüber ihren Ausbeutern, sondern die die Ausbeuter im Interesse von Frieden, Freiheit, und Gerechtigkeit von ihrer „Tätigkeit“ zurückhält, kurz:

keine Großgrundbesitzer- und Generalsregierung, sondern eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Der Brief von Leipart, den wir gestern veröffentlicht haben, hat an manchen Stellen bereits den ernsteren Charakter der gewerkschaftlichen Kämpfe angedeutet. Wir hoffen, daß es gelingt, dem Ernst dieser Lage entsprechend alle Organisationen der Arbeiterschaft dahin zu bringen, daß sie alle Nebenziele beiseitestellen und ihren ganzen Scharfsinn und ihre ganze Kraft aufbieten für das Ziel, das wir hier gekennzeichnet haben.

# Die Wiedereröffnung des Genfer Theaters.

Ohne Neurath und Herriot.

Nach einer kurzen geheimen Sitzung hat das Büro der Abrüstungskonferenz, das am Mittwoch vormittag wieder zusammentrat, beschlossen, seine Sitzungen künftig öffentlich abzuhalten. Die eigentliche Eröffnung der Büroarbeit fand dann in einer öffentlichen Sitzung statt.

Der dem deutschen Vertreter vorbehalten Stuhl blieb leer; auch die deutschen Beamten des Völkerbundssekretariats waren nicht erschienen, soweit sie nicht beruflich dazu verpflichtet waren. Von den leeren Plätzen ging eine Beklemmung und Lähmung aus, die der ganzen Sitzung ihr Gepräge gab, wenn auch die Hauptakteure, der Präsident Henderson und der Berichterstatter Benesch, sich alle Mühe gaben, die Abwesenheit Deutschlands nach einer kurzen Erwähnung zu ignorieren.

Aber noch ein anderer beunruhigte die Versammelten durch seine Abwesenheit: Herriot. Er war am Tag vorher mit Simon zusammen in Genf eingetroffen; die Gerüchte, die ihm vorhergingen, besagten, er werde sich während der nächsten Tage nach Kräften an den Genfer Verhandlungen beteiligen, zunächst an denen des Büros, dann an denen der Ratssitzung und zwischendurch an den geplanten geheimen Aussprachen mit Neurath und Simon. Nun aber war auf der Eröffnungssitzung des Büros Frankreich durch Paul-Boncœur vertreten; Herriot blieb in seinem Hotel und beschäftigte sich — wie man sich in den Wandelgängen des Konferenzgebäudes erzählte — mit Verwaltungsgeschäften der Stadt Lyon, deren Oberbürgermeister er ist. Dazu kam die Nachricht, daß er schon am selben Tag nach Paris zurückfahren und erst am kommenden Montag wieder in Genf eintreffen werde.

Das Rätselraten um Herriots Gründe ist in vollem Gang. Die französische Presse behauptet zum großen Teil, Herriot habe von vornherein nur beabsichtigt, auf der Eröffnungssitzung des Büros anwesend zu sein, um russische oder italienische Aktionen zugunsten Deutschlands abzuwehren zu können. Andere vermuten — und das klingt wahrscheinlicher —, die gemeinsame Bahnfahrt mit Simon habe in Herriot den Gedanken geweckt, es sei besser, erst Simon und Neurath allein verhandeln zu lassen, ehe Frankreich dazukäme. Wenn der englische Außenminister allein der deutschen Hartnäckigkeit gegenübergestanden hätte, würde er für den Standpunkt Frankreichs besseres Verständnis haben.

## Litwinows Vorstoß und Beneschs Arbeitsplan.

Zu Beginn der Sitzung las Henderson, wie zu erwarten gewesen war, den Schriftwechsel zwischen ihm und

dem deutschen Außenminister vor. Die Konferenz ließ sich darauf ein, im Interesse einer eventuell noch eintreffenden deutschen Antwort auf den Brief Hendersons, vorläufig keine Diskussion über Deutschlands Absage vorzunehmen.

Ueberraschender war ein Schreiben Litwinows, das Henderson verlas.

Die russische Regierung teilt mit, daß sie sich künftig an den technischen Ausschüssen der Konferenz nicht beteiligen werde, solange nicht Beschlüsse über wesentliche Herabsetzungen der Rüstungen gefaßt worden seien.

Aber auch hierüber fand keine Diskussion statt.

Der Berichterstatter Benesch legte dem Büro sodann einen Arbeitsplan vor, der sich eng an das unglückselige Abschlußprotokoll der Konferenz vom Juli anschließt, als ersten Punkt die „Redaktion der bereits erzielten Vereinbarungen“ auf die Tagesordnung setzt und die den Fortschritt der Konferenz hemmenden grundsätzlichen Streitpunkte so wenig erwähnt wie Maßnahmen, die zu ernsthaften Abrüstungsplänen führen könnten.

Als das Büro in die Behandlung des Benesch-Planes eintreten wollte, ergriff Litwinow das Wort zu einem scharfen Protest: Die Konferenz sei an einem Wendepunkt angekommen. Es gehe nicht an, daß man wieder mit Fragen zweiter Ordnung beginne. Er schlage vor, die Frage der quantitativen Abrüstung in Angriff zu nehmen. Wenn es gelinge, dabei zu wirklichen Ergebnissen und zu einer ernsthaften Abrüstung zu gelangen, dann bestehe Aussicht, daß Deutschland sich wieder an der Konferenz beteiligen werde.

Benesch wehrte ab: Man solle doch mit den „leichteren“ Fragen anfangen. Als dann aber überraschender Weise der amerikanische Vertreter Litwinow beisprang, gegen die Methoden der Konferenz Protest erhob und forderte, daß man als ersten Punkt die Festsetzung der Heeresstärken auf die Tagesordnung setzen soll, da wandte sich Benesch an die Versammelten und erhielt von der Mehrheit von ihnen die Zustimmung zur Beibehaltung seines Arbeitsplans.

Die Aussprache verlief sich von da an in nichtigem Kleinkram.

Die am heutigen Freitag beginnende Tagung des Völkerbundsrats wird zunächst bis Anfang Oktober dauern, da dann in der Vollversammlung des Völkerbundes die Neuwahlen zum Völkerbundsrat stattfinden. U. a. ist die Mitgliedszeit Polens abgelaufen. Wie der polnische Außenminister Zaleski bei seiner Abreise nach Genf der polnischen Presse erklärte, wird Polen den Anspruch auf Wiederwahl anmelden.

gesehen. Die einzige Ausnahmen von dieser Regelung sollen interessanter Weise die Gehälter der beiden rumänischen Feldmarschälle bilden.

Es soll eine neue Steuer erhoben werden, die nach dem „Aufwand“ der Lebenshaltung berechnet wird. Als Maßstäbe dafür gelten: Der Mietwert der Wohnung, die Zahl der Hausangestellten, die Zahl der Kraftwagen.

Die Methoden zur Eintreibung von Steuern sollen ausgebaut werden. Die Provisionen der damit beauftragten Beamten werden erhöht. Die Zahlung der Hauszinssteuer soll dadurch gesichert werden, daß der Mieter nur dann seine Miete an den Hausbesitzer zu zahlen hat, wenn dieser ihm die Steuerquittung vorlegt. Andernfalls ist der Mieter verpflichtet, die Miete an das Finanzamt abzuführen, die sie dem Hausbesitzer auf die Steuer anrechnet.

# Die „offene Tür“ fällt zu.

Japanisch-mandschurischer Wirtschaftsblock.

Nachdem die mandschurische Regierung die Verordnung erlassen hat, wonach nur noch Japaner sich in der Mandchurei ansiedeln und Geschäfte unternehmen dürfen, geht Japan jetzt daran, seine wirtschaftliche Vormachtstellung in der Mandchurei weiter zu festigen. Der japanische General Muto hat den Auftrag erhalten, Verhandlungen über den Abschluß eines japanisch-mandschurischen Wirtschaftsblocks einzuleiten. Dieser Block soll darin bestehen, daß Japan Industriefertigwaren nach der Mandchurei liefert, während die Mandchurei Japan mit Rohstoffen versorgt. Ferner soll die japanische Industrie die Möglichkeit haben, Industriewaren in der Mandchurei selber herzustellen, ohne auf Konkurrenz zu stoßen. Das bedeutet also, daß Waren, die Japaner in die Mandchurei einführen oder dort produzieren wollen, von keinem Anderen produziert oder eingeführt werden dürfen. Ein schwerer Schlag für englische und amerikanische Kapitalisten!

Die mandschurische Regierung hat — wie halbamtlich aus Tokio gemeldet wird — beschlossen, in Wladiwostok ein mandschurisches Konsulat einzurichten. Der Konsul und das Personal des Konsulats haben bereits Einreiseerlaubnis nach der Sowjet-Union erhalten.

Das amerikanische Generalkonsulat hat die chinesische Regierung verständigt, daß 700 amerikanische Matrosen in der internationalen Konzession in Schanghai untergebracht werden dürfen.

In Kanton sind 10 000 Arbeiter, die Lohnerhöhungen fordern, in den Streik getreten.

Gleichzeitig sind 30 000 Arbeiter dort erwerbslos geworden, weil 630 Papierfabriken zum Protest gegen eine neue Sondersteuer für Papiererzeugnisse geschlossen worden sind.

Das ungarische Kabinett Karolyi hat dem Reichsverweser sein Rücktrittsgesuch eingereicht. In der Begründung beruft sich Karolyi auf die schwierige wirtschaftliche und innenpolitische Lage Ungarns, deren Klärung einen Regierungswechsel erforderlich mache. Das Rücktrittsgesuch ist angenommen, das Kabinett aber mit der vorläufigen Fortführung der Geschäfte beauftragt worden.

Das französische Finanzministerium berichtet, daß die am Montag begonnene Rentenkonvertierung einen ruhigen und für die Regierung günstigen Verlauf nimmt. Gesuche um Barauszahlung laufen nur spärlich ein und beziehen sich nur auf kleine Beträge. Der Rentenmarkt an der Pariser Börse ist fest.

Das zwischen Deutschland und der Schweiz am 1. Juli 1932 in Kraft getretene Abkommen, wonach deutschen Reisenden auf Antrag durch die zuständige Devisenwirtschaftsetzstelle die Genehmigung zur Ueberbringung von Zahlungsmitteln nach der Schweiz neben der Freigrenze von 200 Mark bis zu 500 Mark erteilt wird, ist bis zum 31. Dezember 1932 verlängert worden.

# Pariser Presse zur Wehrdebatte.

G. K. Paris, 20. September.

Eine erhebliche Meinungsverschiedenheit herrscht darüber, was in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Kammer am Sonnabend vor sich gegangen ist. Fast alle Zeitungen berichten, daß sich Herriot gegen jede erhebliche Abrüstung Frankreichs ausgesprochen hat, solange die Geheimrüstungen Deutschlands andauern. Dagegen will der „Populaire“ wissen, daß Herriot erklärt habe, die Forderung Deutschlands auf Abrüstung Frankreichs gemäß dem Versailler Vertrage sei berechtigt. Frankreich werde sich in seinen Handlungen diese Auffassung zu eigen machen. Uns scheint die Auffassung des „Populaire“ weniger gut mit den sonstigen Erklärungen Herriots zusammenzustimmen als die in der Presse vorherrschende Ansicht.

Die englische Note an Deutschland hat, wie zu erwarten, in der französischen Presse eine gute Aufnahme gefunden. Die meisten Zeitungen, dieses Mal mit Einschluß des „Populaire“, konstatieren mit Befriedigung die Uebereinstimmung der Politik der englischen und französischen Regierung. Der „Populaire“ bedauert nur, daß die Engländer sich nicht klar

genug für eine wirkliche Abrüstung ausgesprochen haben. Rosenfeld hält Herriots Forderung der allgemeinen, kontrollierten Abrüstung für glücklicher als die der Engländer.

Im übrigen ist die Presse voll Mißtrauen gegen Deutschlands Absichten; ein Mißtrauen, das durch die Ankündigung des Baues des Kreuzers C wieder neue Nahrung erhalten hat.

# Rumäniens Finanznöte.

Einschneidende Sparmaßnahmen:  
900 Mark Höchstgehalt.

Die Gutachten der ausländischen Finanzsachverständigen, die der Völkerbund nach Rumänien gesandt hatte, haben der rumänischen Regierung die Hoffnung auf eine Anleihe fürs erste genommen. Sie hat daher dem Parlament eine Reihe von Gesetzentwürfen vorgelegt, die einschneidende Sparmaßnahmen vorsehen.

Als Höchstgrenze für das Monatsgehalt von Staatsbeamten ist die Summe von 35 000 Lei (etwa 900 Mark) vor-

# Aerzte im Kampf.

„Derjenige, der die Erde und den Himmel erkennt, der kennt auch den ganzen Menschen. Und wer den ganzen Menschen kennt, selbiger ist ein Arzt.“

M. H. Dies schöne Zitat von Paracelsus führt Credé an einer Stelle in seinem Stück

## „Aerzte im Kampf“

an; ihm schwebt als Idealbild eines Arztes ein solcher vor, der den „ganzen Menschen kennt“ und — mehr noch — ihm dient, nicht aber seinem eigenen Profit; der für den Menschen forscht und arbeitet, nicht aber für seinen eignen Ruhm. Der Held seines Stückes, Dr. Wiland, ist ein solcher Idealist. Er sieht die Unzulänglichkeit in den Methoden der Tuberkulosebekämpfung, er forscht und findet ein wirksames Mittel gegen diese furchtbare Volksseuche. Aber schon die ersten Versuche, sich damit durchzusetzen, ja nur seinen Chef, den Professor Remmers, zu einem Versuch mit seinem als unachädlich erwiesenen Mittel zu bewegen, scheitern. Dieser sträubt sich mit Händen und Füßen gegen eine Methode, deren Erfolg der Tod seiner — Heilstätte wäre, die ihn zum wohlhabenden Manne gemacht hat. Wiland scheitert dann, nachdem er sich auf eigene Füße gestellt, und weiter gute Erfolge mit seinem Mittel erreicht hat, an anderen Widerständen: der Aerzte-Presse, die abhängig ist von den Annoncen der chemischen Industrie; den Aerzteorganisationen, die einen Neuling nicht aufkommen lassen wollen aus Eifersucht und Neid. Er scheitert an dem Bürokratismus im Ministerium, am engen Horizont der Beamten, die auf ihren Heilstätten-„Erfolge“ ausruhen möchten. Eine zusammengesobene und aufgetriebene Mehrheit des Aerztekongresses läßt ihn durchfallen; nicht sachliche Bedenken, sondern die demokratisch verbrämte Intrige besiegt ihn hier.

Ein Sturz der Regierung, der Einzug eines radikaleren Ministers, der Wilands Freund ist, in das Gesundheitsministerium, bringen ihm schließlich nach Jahren der Verknüpfung einen Erfolg: eine Professur, größere Wirkungsmöglichkeiten. Aber die alten Widerstände sind mit dem Wechsel der Regierung nicht geschwunden. Der privatkapitalistische Profitgeist unter den Aerzten, die Verquickung ihres Berufes mit einer Industrie, die an der Ausbeutung der Patienten durch möglichst viele und teure Heilmittel interessiert ist, — all das ist geblieben. In der Heilstätte des

Professors Remmers erhalten die Patienten nach wie vor das Heilmittel Wilands nicht; ja, man schaltet sogar das Radio aus, als er seinen Rundfunkvortrag darüber hält. Hier läßt Credé nun eine andere Kraft sich in Bewegung setzen: den Widerstand der Patienten. Aus dem „Verein für Volksgesundheit“, in dessen Vorstand Krause sitzt, der Krankenkranke von Remmers' Heilstätte, der das Herz immer auf dem rechten Fleck hat, wird dieser Aufruhr organisiert. Es ist echte Empörung, die in diesen unglücklichen Kranken emporschlägt; sie empfinden instinktiv, daß sie, die als Kranke abhängig sind von ihrem Arzt, gewisslos ausgebeutet wurden. Sie sind als Opfer dieser Ausbeutung nicht bereit, Goethe zuzustimmen, der sie auffordert:

„Dem Arzt verzeiht, denn doch einmal  
Lebt er mit seinen Kindern;  
Die Krankheit ist sein Kapital,  
Wer wollte das vermindern?“

Sie wollen sich diese Ausbeutung nicht länger gefallen lassen.

Es ist keine Lösung, die mit diesem Aufruhr der Patienten in dem Schlußbild des Stückes gezeigt wird. Denn gewiß können sinnvollerweise die Patienten nicht bestimmen, wie sie behandelt werden sollen, und die Entscheidungen über ärztliche Methoden müssen sicherlich vor einem anderen Forum fallen.

Credé deutet überhaupt kaum Lösungen an; er zeigt lediglich in lebendigen Bildern — wirkungsvoller als in seinem Stück über den Paragraphen 218, worin die Menschen gar nicht lebten, sondern nur auf die Bühne traten, um jeweils eine These zu beweisen! — Probleme der Medizin, die uns alle angehen. Daß sie uns angehen, beweist die ernste Aufmerksamkeit, die das Publikum jeden Abend im Berliner Rose-Theater dem Spiel schenkt. (Bis Ende September wird es dort noch gegeben!)

## Welche Probleme harren hier einer Lösung?

Die Tätigkeit des Arztes soll nicht vom Profitstreben, auch nicht von der Sucht nach interessanten „Fällen“ geleitet werden, sondern von dem Interesse an der Gesundheit der Patienten. Nur, wenn dies gesichert wird, kann die heutige Vertrauenskrise in der Medizin gelöst werden.

Aber wie kann dies erreicht werden?

Sozialisierung des Heilwesens, so sagen viele, das ist die Lösung! Denn wenn es nur noch von der Gesellschaft

angestellte, festbesoldete Aerzte — natürlich ausreichend bezahlt! — gibt, ist das private Gewinnstreben ausgeschaltet. Sicher hat dieser Weg vieles für sich, selbst wenn die heute in dieser Richtung gehenden Versuche, wie zum Beispiel das ganze Krankenkassenwesen viele Unvollkommenheiten zeigen.

Aber bürokratische Enge, Neid und Mißgunst, Bequemlichkeit, die Angst vor dem Fortschritt — dies alles kann auch Beamte beselen, und besetzt oft gerade sie. Mit der Sozialisierung kommen wir also um die Frage des Charakters nicht herum; sie bleibt die entscheidende, sowohl für die Besetzung der politisch entscheidenden Stellen, etwa im Gesundheitsministerium, als auch im Verhältnis des einzelnen Arztes zum Patienten. Aber auch hier gilt, daß eine anständige Gesinnung, die ja auch heute bei vielen Aerzten vorhanden ist, sich im öffentlichen Leben im allgemeinen nur durchsetzt, wenn sie von den entscheidenden Stellen her (Verwaltung, Presse, Hochschule) nicht erstreckt, sondern gefördert wird. Sogar der Erwerbsbetrieb brauchte nicht ganz ausgeschaltet zu werden, sondern könnte, bei vernünftiger Regelung, für den guten Zweck mit eingesetzt werden, zum Beispiel dadurch, daß der Arzt an der Gesundheit der von ihm betreuten Patienten verdienen würde, sodaß er auch ein finanzielles Interesse daran hätte, daß möglichst wenig Krankheitsfälle vorkommen. Zu tun bliebe ihm — abgesehen von den sowieso übrig bleibenden Erkrankungen — genug; nämlich gerade in der Richtung vorbeugender Gesundheitsfürsorge, zu deren Vervollkommnung noch enorm viel gesehen könnte.

Diese Tätigkeit wird allerdings fruchtbringend erst dann ausgeübt werden, wenn sie nicht mehr durch Unterernährung, Wohnungselend, Arbeitslosigkeit in den Massen des Proletariats und durch ständigen Abbau der Mittel für vorbeugende Gesundheitsfürsorge sowie durch reaktionäre Gesetze, zur Sisyphusarbeit degradiert sein wird, das heißt letzten Endes erst in einer ausbeutungsfreien Gesellschaft, an deren Erkämpfung also gerade der Arzt, der ein Helfer der Menschheit sein will, interessiert ist.

Völlig unverständlich bleibt bei Credé sein Optimismus: „Das Gute bricht sich schließlich Bahn; die Wahrheit muß siegen!“ Er selber zeigt einige der entscheidenden Widerstände, die den Fortschritt hemmen; sie sind, deutlich sichtbar, von der Art, daß sie nur durch entschlossenen Kampf der rechtlich Denkenden überwunden werden.

# Die Zwickmühle des Zentrums.

Von Minna Specht.

Die Außenpolitik der Papen-Schleicher-Regierung in der Isolierung — das ist das fast einmütige Urteil der Presse seit der Veröffentlichung der englischen Note. Wohl noch keine völlig verrammelten Türen, aber von Rom bis London und Washington der Rat zur Müßigung, zur Rücksichtnahme auf die Aufgaben der Abrüstungskonferenz, der Hinweis auf bindende Verträge, die auch durch die „an sich berechtigten“ Gleichberechtigungsansprüche nicht hin-fällig würden.

Im Ausland isoliert — und im Innern? Stellt sich das deutsche Volk einmütig hinter diese Politik, wie Herr von Papen so oft verkündet hat?

Wer hierauf eine Antwort geben will, muß vorher überlegen, von welcher Außenpolitik er spricht. Meint er die Gleichberechtigungsforderung Neurath'scher Prägung, wie dieser sie in seiner offiziellen Note an Frankreich vertrat oder die Deutung, die Herr von Schleicher dieser Forderung mündlich und schriftlich gegeben hat und die, kurz und bündig, in das Ergebnis ausmündet: was man uns nicht gibt, werden wir uns nehmen?

Daß diese zweite, die Schleichersche Deutung in Deutschland heute Trumpf ist, wird niemand leugnen; aber damit ist nicht gesagt, daß „das ganze Volk“ sich hinter sie stellt, sondern höchstens, daß es hinter sie gestellt wird. Freiwillig folgen dieser Politik nur die ehemaligen Harzburger, von Hugenberg über Seldte zu Herrn v. Epp. Alle anderen stehen bestenfalls hinter der Neurath'schen These — bestenfalls, und auch das nur, weil diese These unbestimmt ist und erst durch ihre Verbindung mit den übrigen hierher gehörenden Problemen, denen der Sicherheit, der Abrüstung oder Aufrüstung, ihren klaren und eindeutigen Sinn erhält.

Die Forderung nach Gleichberechtigung wird nämlich heute nicht in den luftleeren Raum gestellt, sondern an Staaten, die einerseits bis an den Hals gerüstet sind und diese Rüstung schätzen, die andererseits zugesichert haben, daß sie abzurüsten werden — bis auf den Stand des Staates, der durch den Versailler Vertrag gehörig abmontieren mußte, und der heute nach Gleichheit ruft. Aber nach welcher Gleichheit? Nach der, ebenso viele Tanks, Bombenflugzeuge und Panzerkreuzer zu besitzen wie die anderen sie jetzt haben? Oder nach der, daß die andern herunter rüsten, bis sie 100 000 Mann haben oder noch weniger, ohne Tanks, ohne Flugzeuggeschwader und ohne U-Boote?

An dieser Frage scheiden sich die Geister, nicht nur die Genen, sondern auch die deutschen. Hier spaltet sich die „Nation“ des Herrn von Papen in die viel zu vielen, die sich hinter die Aufrüstungspolitik des Reichswirtschaftsministers schlagen, in die „diffamierten und diskriminierten“ Anhänger einer entschlossenen Abrüstungspolitik — zu denen wir uns selbst nicht rechnen können. Aber welche Gruppe, die es sich leisten, die leere Formel der Gleichberechtigung herzuhebeln, ohne zu bekennen, mit welchem Inhalt sie sie füllen wollen.

Unter dieser letzten Gruppe, die keine sehr rühmliche Stellung einnimmt, ist zur Zeit die interessanteste das Zentrum, das fast zwei Jahre die politische Führung in Deutschland hatte, aber seit Brüning's Entlassung in die Enge geraten ist und trotz der Geschlossenheit seiner Wählerschaft und der Aktivität seiner Führer fast auf allen Gebieten eine taktische Neu-Orientierung vornehmen muß. Diese Neu-Orientierung wird ihm aufgedrängt durch die feudale Reaktion, die Hindenburg von Brüning entfernte, die den Parlamentarismus zurückdrängte, die das Zentrum dazu brachte, sich rechtzeitig und rücksichtslos von dem Weimarer „Genossen“ zu trennen — alles Angelegenheiten, mit denen das Zentrum fertig wurde —, die aber dann plötzlich einen so gewalttätigen Kurs einschlug, daß das Zentrum zunächst in die bedenkliche Nähe

einer Nazi-Koalition geriet und nunmehr in eine Neuwahl geschleudert worden ist, in der es nach den richtigen Parolen schnappt wie ein Fisch, der aufs Trockene geworfen ist.

Unter diesen Parolen ist für unseren Zusammenhang am wichtigsten die künftige „nationale“ Parole der Partei. An sich, möchte man annehmen, sollte dieses Problem der Partei Brüning's keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten, denn auch Brüning war Frontsoldat und in Genf wie in Lausanne für eine Politik der starken Hand. Aber der Begriff des Nationalen hat heute doch ein schärferes Aroma bekommen, ein weit schärferes als zu Brüning's Zeiten. „National sein“ heißt heute: die Interessen des Vaterlandes denen der anderen Länder überordnen bis an die Grenze des Kriegs und der Autarkie, die Vertretung dieser Interessen einseitig den Rechten übergeben und diese Schichten in den Besitz aller Machtmittel setzen, die bei drohenden Konfliktsfällen die Regierung nach innen und außen sichern.

Wird das Zentrum, das den Anschluß an die jetzigen und künftigen Machthaber suchen muß, in diesem Sinn national werden, so national, wie es nach dem Weltkrieg aus Zweckmäßigkeitsgründen demokratisch wurde?

Wer die politische Aufgabe einer katholischen Partei versteht, wird diese Frage nicht von vornherein verneinen, obwohl es für die Vertreter der internationalen römischen Kirche nicht selbstverständlich ist, daß sie alle nationalistischen Wahnideen mitmachen. Aber die Schleichersche Außenpolitik drängt nach Entscheidungen, der tief wurzelnde Nationalismus des deutschen Volkes, der bis in die Reihen der Arbeiterschaft und erst recht in der Landbevölkerung sein Unwesen treibt, ist mobilisiert, in der Jugend zum Teil fanatisiert, die Gunst der Regierung wird sich denen zuwenden, die ihr auf dem Wege der Wehrhaftmachung des Volkes folgen, die Nazis treiben Konkurrenz — was wird das Zentrum tun, wenn es unter der Diktatur der Reaktion, die da ist und bleiben wird, nicht jahrelang bei Seite stehen, sondern seine Kulturreaktion, die Braucht bereits so verständnisvoll eingeleitet hat, in diesen guten „Rücklaufszeiten“ ein ordentliches Stück vorwärtsbringen will?

Die Entscheidung ist nicht leicht; denn es geht hier nicht mehr um den bloßen Wechsel von Verfassungsformen, der schon ungenügend ist, sondern um

die Verantwortung für oder gegen einen neuen Weltkrieg.

Hierzu muß die Partei Stellung nehmen. Das bloße Ausweichen in die glatten Formeln von Gleichberechtigungsforderungen, nationaler Sicherheit, Zustimmung zu straffere Disziplin gegenüber der Jugend, und wie die schönen Redewendungen alle heißen, reicht nicht aus für die eigenen Anhänger und erst recht nicht für uns, die Gegner der Partei.

Um die Lage, vor der das Zentrum hier steht, ins helle Licht zu rücken, halten wir neben das Wehrprogramm der Regierung, dessen Bejahung dem Zentrum heute politische Konjunktur verspricht, das Wehrprogramm der deutschen Bischöfe. Dieses Programm ist gerade in diesen Tagen veröffentlicht worden in dem Leitartikel der „Ecclesiastica“, der den Titel trägt:

„Die Kirche und die Probleme des Kriegs und der Abrüstung!“

Als Erster erhält der Berliner Bischof Christian Schreiber das Wort:

„Wir verurteilen und verfeimen nicht jeglichen Krieg. Wir können vielmehr auch einen gerechten Krieg.“

Weiter meldet Hoyer: „Von einem der Kommandeure ist der Antrag gestellt worden: „Alle Offiziere durch Handschlag zu verpflichten, daß sie sich Solcheigen über die Befragung auferlegen sollten, „damit man den Kaiser nicht unter Umständen wegen Anstiftens zum Bürgerkrieg unter Anklage stellen könne!“ Der Antrag ist angenommen worden!“

General Groener und Oberst Hoyer nähern sich der Gruppe, die sich um Kaiser und Kronprinz gebildet hat. Oberst Hoyer liest das Ergebnis der Befragung vor. Er beendet seinen Bericht mit den Worten: „Die Truppe ist Eurer Majestät noch treu ergeben, aber sie ist müde und gleichgültig, will nur Ruhe und Frieden haben. Gegen die Heimat marschierst sie jetzt nicht, auch nicht gegen den Bolschewismus; sie will einzig und allein bald Waffenstillstand haben, jede Stunde früher ist daher wichtig.“

Graf Schulenburg wiederholt seine Phrasen von „Fahnen-eid, den die Truppen nicht brechen würden“, und vom „Obersten Kriegsherrn, den sie doch nicht verlassen wollen“. „Es ist ein großer Unterschied, wofür man die Zuverlässigkeit der Truppen brauchen will. Für die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung von Ort zu Ort und für den Rückmarsch in die Heimat ist das Heer zuverlässig und königstreu!“

„Fahneid und Kriegsheer sind bloß eine Fiktion!“ wiederholt Groener.

Aber jetzt fährt der Graf ungehalten auf: „Dann kennt der Generalquartiermeister die Seele und den Pulsschlag des Heeres nicht. In den Schützengraben und im schwersten Feuer hat man den Geist und die Stimmung des Heeres kennengelernt. Die Hauptbücher, die man dort findet, sind die Bibel und das Gesangbuch. Dort sind hoch-gespanntes Pflichtgefühl und tiefe Religiosität zu Hause. Ein Heer, das vierzehnhalb Jahre seine Pflicht getan hat und — wenn auch jetzt abgekämpft und abgespannt — ein Heer, das von solchem Geist durchdrungen ist, bricht seinen Fahnen-eid nicht und verläßt seinen König nicht. Andererseits wird das Heer zusammenbrechen und auseinanderlaufen, wenn sein Oberster Kriegsherr es verläßt!“

Der Kaiser nickt unschlüssig mit dem Kopf. „Waffenstillstand wollen wir ja auch haben. Ich muß klar sehen. Ohne daß ich hier klar sehe, danke ich nicht ab.“

Aber der gerechte Krieg hat zur Voraussetzung „die zweifelsfreie Nachweisbarkeit“ der schweren Schuld des Gegners, „das Fehlschlagen aller mit ganzem Ernst unternommenen Verständigungsversuche“, sowie eine Reihe anderer einschränkender Bedingungen.

Da die Erfüllung dieser Forderungen nach Schreiber heute kaum noch denkbar ist, geht sein Bestreben dahin, „auch den gerechten Krieg unmöglich zu machen.“

Nicht auf die Beseitigung jeder Anwendung der Gewalt kommt es an, sondern darauf, „die Gewalt in den Dienst des Rechts zu stellen, das von einer möglichst unabhängigen Stelle zu finden und zu sprechen ist.“

Unter den praktischen Schritten, die dieses Ziel seiner Erfüllung entgegen bringen, nennt Schreiber:

die gleichzeitige allgemeine Abrüstung,

den Ausbau des Völkerbundes, dem ein ausgebautes

Rechtssystem und eine entsprechende Macht zur Durchführung

seiner völkerrechtlichen Bestimmungen zur Seite steht.

Und er schließt diesen Teil seiner Ausführungen mit dem Satz:

„Ohne Heer wird man auf dieser armseligen Erde nicht auskommen. Aber es braucht nicht jeder Staat ein eigenes Heer zu haben.“

Mit diesen Erklärungen stellt sich die Kirche auf den Boden der französischen Völkerbundthese:

Abrüstung der nationalen Heere, Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts mit einem internationalen Heer.

Sie geht über die Franzosen hinaus, indem sie zu diesen Forderungen eine Begründung gibt, die allen Ansprüchen nationaler Wehrhoheit endgültig den Boden entzieht: sie bestreitet, daß „Staatshoheit nach außen schlechthin gleichbedeutend sei mit unbedingter Unabhängigkeit“; sie erkennt dem Staat „die freie Verfügungsgewalt nur zu, sofern seine Maßnahmen das gemeinsame Wohl aller Völker fördern“; kurz, sie verwirft das Prinzip der Souveränität.

Dies ist die Friedensseite des katholischen Doppelgesichts — die Ansicht, die, wie wir zugeben, sogar der Überzeugung der Kirche mehr entspricht als die nationale Praxis vieler katholischer Politiker; denn weltliche Regenten, die aus eigener Macht ihren Ansprüchen Geltung verschaffen, sind Souveränitätsrivalen, die die Kirche nicht dulden kann.

Damit kehren wir zum Zentrum zurück, dessen geistliche Herren heute französische Sicherheitsideen propagieren, und dessen politische Konkurrenten von rechts nationale Wehrhoheit fordern. Was wird es in dieser Zwickmühle tun?

So gewiß dies seine Sorge ist, die wir ihm nicht abzunehmen haben, und die es dank seiner alten Gaukelpraxis beheben wird, so sehr haben wir die andere Sorge:

ihm diese Praxis zu streifen, rechtzeitig und nach Kräften.

Das Zentrum steht auf dem Sprung, um seines politischen Einflusses willen den nationalen Strömungen den Weg freizugehen und damit das Seine zu tun an der Herbeiführung von Kriegen; gleichzeitig aber die Gegenlehre bereit zu halten, die, bei Erhebung von Anklagen, beweisen soll, daß die Kirche zu solch verderblichen Schritten nie ihre Hand gegeben habe.

Dieses Doppelspiel tritt heute schon zu Tage in dem Gegensatz der politischen Zentrumspreße einerseits und den Archiven zur Kirchengeschichte andererseits, die die „Beziehungen zwischen Kirche und Staat“ berücksichtigt.

Die Aufgabe unserer Presse ist es, dafür zu sorgen,

daß beide „nicht unabhängig von einander“ wirken, und das Doppelgesicht des Zentrums so lange herum zu drehen, bis ihm von dem eigenen Schwindel Hören und Sehen vergeht.

# Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

89)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Mallo-Verlag 1932

Die Wälder, die sich an den ausgedehnten Park anschließen, liegen in nassem Dunst. Von den Zweigen der vereinzelt stehenden Baumgruppen tropft es unaufhörlich.

Der Kaiser redet, mit hastigen Bewegungen unterstreicht er einzelne Sätze und Gedanken. Der Kronprinz macht nur kurze Bemerkungen.

Er fragt den Kaiser, wie er zur Abdankungsfrage stehe.

„Ich denke gar nicht daran!“ antwortet der Kaiser.

„Das hat man davon, daß man die Regierung auf eine breite Basis stellt. Erst tut man das, dann jagen sie einen fort!“ meint der Kronprinz.

Graf Schulenburg, v. Plessen und v. Hintze treten nach einer Weile dazu und beteiligen sich an der Debatte.

Bei dem Generalquartiermeister meldet sich der Chef der Operationsabteilung, Oberst Hoyer, der die 50 Frontkommandeure zu befragen hatte. 89 Kommandeure sind gekommen, von den fehlenden elf sind nur Meldungen eingegangen, nach denen sie wegen Autopannen unterwegs liegenblieben.

Zwei Fragen hatte Oberst Hoyer zu stellen:

Die erste Frage lautete: „Wie steht das Heer zum Kaiser?“

Wird es im Kampfe zur Wiedereroberung der Heimat folgen?“

Ein Kommandeur antwortete: Ja.

15 enthielten sich der Stimme.

23 sagten: Nein!

Der Inhalt der zweiten Frage ging schon über den Kaiser und das Kaiserreich hinaus. Sie lautete: „Wie steht das Heer zum Bolschewismus? Wird es gegen den Feind im Innern marschieren?“

8 Kommandeure enthielten sich der Stimme.

12 Kommandeure schwankten und formulierten ihre Antwort: Eventuell nach Aufklärung. Wenn die Familien in Gefahr sind, dann wird das Heer vielleicht marschieren.

19 Kommandeure sagten: Nein!

Marschierst das Heer ohne mich geordnet nach Hause? General Schulenburg meint: Nein. General Groener meint: Ja.“

Oberst Hoyer klappt die Hacken zusammen:

„Die Armee marschierst auch unter den Generälen allein nach Hause. Sie ist noch fest in der Hand der Führer. Aber wenn Eure Majestät mit ihr nach Hause marschieren, so ist es ihr recht und eine Freude. Nur kämpfen will die Armee nicht mehr, weder nach außen, noch nach innen.“

„Eure Majestät brauchen keine Armee zum Spazierengehen, Eure Majestät brauchen eine Armee, die für Eure Majestät fight!“ bemerkt Admiral v. Hintze.

Der Generalquartiermeister nickt zustimmend.

Der Feldmarschall macht ein bekümmertes Gesicht.

Der Admiral versucht die Frage weiter zu klären:

„Werden sich die preußischen Truppen auch schlagen?“

Graf Schulenburg überlegt die Antwort einen Moment lang.

Die Stimme von 38 Kommandeuren der zuverlässigsten preußischen Regimenter sprechen gegen seine Auffassung, und nur eine dafür.

„Nein“, bringt er gezwungen hervor.

Aus dem Dienstzimmer der Villa kommt ein Adjutant und meldet ein Telefonat aus Berlin: „Unterstaatssekretär Wahn-schaffe bittet namens des Reichskanzlers, durch die Abdankung die hoffnungslose Lage zu retten.“

Der Kaiser blickt den Adjutanten und dann seine stumm dastehenden Ratgeber an.

Nach kurzer Überlegung reißt er sich zusammen und befiehlt dem Admiral v. Hintze: „Telephonieren Sie nach Berlin: ich danke ab als deutscher Kaiser, aber nicht als König von Preußen!“

Der Admiral wendet sich zum Gehen.

Der Kaiser hält ihn zurück:

„Nein, die Entschließung soll erst formuliert, und erst, nachdem sie formuliert ist, dem Reichskanzler übermittelt werden!“

Er diktiert noch einige Stichworte für die abzufassende Formulierung, dann läßt er die Generäle stehen und geht, begleitet vom Kronprinzen, dem Haus zu, in dem die Mittagstafel gedeckt ist.

(Fortsetzung folgt)

# Die Arbeiterschaft tritt an. Der Kampf gegen den Lohnabbau.

Die Niles-Werke in Weiffensee bei Berlin hatten bekanntlich einen Lohnabbau für die 31. bis 40. Wochenstunde um 50 Prozent durch Anschlag bekanntgegeben. Die Belegschaft war daraufhin in den Streik getreten. Die Firma hat sich inzwischen sehr schnell bereit erklärt, auf den Lohnabbau völlig zu verzichten. Die Arbeit ist daraufhin am Mittwoch nachmittag wieder aufgenommen worden.

Die Maschinenfabrik Stock in Marienfelde bei Berlin verlangte für die 31. bis 40. Wochenstunde einen Abbau der Löhne um 20 Prozent. Hier wurde die Zurücknahme des Diktats durch passive Resistenz der Arbeiterschaft erreicht.

Die Firma Woll, Netter & Jakoby in Adlershof bei Berlin wollte die Löhne ebenfalls um 20 Prozent kürzen. Auch hier hat die Belegschaft, obwohl sie durch lang andauernde Kurzarbeit schon reichlich müde gemacht worden war, durch passive Resistenz erreicht, daß die Abbauwünsche der Firma zurückgenommen wurden.

Beim Gußstahlwerk Hagen-Haspe sind gegen den auf Grund der Notverordnung angekündigten zehnzehnten Lohnabbau 400 Arbeiter der 500 Mann starken Belegschaft in den Streik getreten. Freie Gewerkschaften, RGO und Nazis sind an dem Streik beteiligt. Die Streikenden sind fristlos entlassen worden. Der Schlichter ist angerufen.

Auch die Belegschaft des Kabelwerks Reinshagen AG in Wuppertal-Ronsdorf ist zu 90 Prozent in den Streik getreten. Die Werksleitung hatte auf Grund der Notverordnung bekanntgegeben, daß die Löhne für die 31. bis 40. Wochenstunde um 50 Prozent gekürzt werden würden. Hier streiken etwa 500 Mann.

## Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften

ist am Mittwoch zu Ende gegangen. Es wurden eine Reihe von Entschlüssen angenommen, bei denen bemerkenswert ist, daß sie sich für eine weitgehende Verstaatlichung der Wirtschaft einsetzen.

Der Vorwurf der politischen Unzuverlässigkeit der Arbeiterschaft wurde erneut schief zurückgewiesen und sogar umgekehrt, indem ein Redner darauf hinwies, daß die Vereinigten Stahlwerke durch langfristige Schweden-Erz-

verträge „jede Rücksichtnahme auf nationale Belange hätten vermissen lassen“.

Abgesehen von diesem Streit um den Nationalismus, den wir für überflüssig halten, finden wir den Kongreß der christlichen Gewerkschaften wichtig genug, daß sich die Führer der freien Gewerkschaften auf Grund gerade dieses Ergebnisses wegen eines gemeinsamen Vorgehens mit den christlichen Gewerkschaften in Verbindung setzen.

## Revolte gegen die Bedürftigkeitsprüfungen.

Seit einem Jahr stehen die englischen Erwerbslosen im Kampf gegen die Bedürftigkeitsprüfung, von der die englische Regierung die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung abhängig gemacht hat. Am Sonnabend und Sonntag führte dieser Kampf, in dem die Proteste der Erwerbslosen wirkungslos verhallt sind, zu einem schweren Aufstand in Birkenhead bei Liverpool, an dem sich 30 000 Arbeiter beteiligten. Die Demonstranten, die zunächst mit roten Fahnen und dem Gesang der Internationale durch die Straßen gezogen waren, plünderten in der Dunkelheit eine Reihe von Läden und setzten sich entschlossen gegen die Polizei zur Wehr, die, um der Unruhe Herr zu werden, Verstärkung aus Liverpool heranziehen mußte. Trotz der großen polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen, die daraufhin getroffen wurden, kam es in der Nacht zum Montag wieder zu verschiedenen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Erwerbslosen.

Unter dem Druck der immer von neuem aufflammenden Arbeitslosenunruhen ist die Stadt Birkenhead den Arbeitslosen entgegengekommen und hat die Unterstützungssätze — wie es heißt: beträchtlich — heraufgesetzt.

Auch in London brachen am Dienstag im Stadtteil Westham Arbeitslosenunruhen aus. Ein Zug von 6000 Erwerbslosen demonstrierte vor dem Rathaus gegen die Kürzung der Unterstützungssätze. Als die Demonstranten versuchten, in das Rathaus einzudringen, wurden sie durch eine 100 Mann starke Polizeitruppe daran gehindert. In den Kämpfen, die sich dabei entwickelten, wurden 6 Arbeitslose und 2 Polizisten schwer verletzt.

## Die Pg.-Ministerpräsidenten fordern . . .

### Nazi-Parteipropaganda auf Reichskosten.

—b. Die oldenburgische Staatsregierung hat an den Reichspräsidenten einen Hilferuf gerichtet: Die schwierige Lage der oldenburgischen Landwirtschaft führe infolge unstilllich hoher Abgaben und Zinslasten in grauenvoller Konsequenz zum Erliegen eines Besitzes nach dem anderen. Der einst selbsthaltende Bauer werde zum heimatlosen Bettler.

Die oldenburgische Regierung fordert eine sofortige Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf höchstens 2 Prozent und des Privatskonts auf 5 Prozent, wobei jedes Nehmen von Unkostenzinsen oder Vermittlergebühren strengstens untersagt wird. Die Ausplünderung der Arbeit durch höhere als die gesetzlichen Zinsen müsse durch ein Wuchergesetz unter schwerster Strafe gestellt werden.

Der Pg. Röver hat anscheinend immer noch nicht zur Kenntnis genommen, daß man Kapital nicht mit der Druckerpresse herstellen kann!

Der anhaltische Ministerpräsident hat dem Reichskanzler geschrieben, welche Aufgaben er mit Hilfe der anhaltischen Arbeitslosen sofort in Angriff nehmen möchte, und verlangt, daß das Reich dem Freistaat Anhalt sofort die erforderlichen Mittel in Form eines zinsfrei und unmittelbar gegebenen Reichskredits zur Durchführung der Arbeiten zur Verfügung stellt. — Das ist eine einfache Regierungsmethode: Arbeitsbeschaffungsprogramme zu verfassen und das Geld zu ihrer Verwirklichung vom Reich zinsfrei zu verlangen!

## Dringender Appell der „Börsenzeitung“ an die Nazis.

Die bis zur Selbstenttäuberung gehenden Anbiederungen, die die preußische Nazifraktion gegenüber Papen vollzieht, werden in der „Berliner Börsenzeitung“ von Tönen begleitet, die wie Balsam auf die Wunden wirken, die den Nazis bei dieser Pferdekur entstehen. Hans Grimm und (ausgerechnet) August Winnig veröffentlichen eine „Bitte an den Nationalsozialismus“ in der „Berliner Börsenzeitung“.

Mit einer breiten und warmen, fast heißen Anerkennung der nationalsozialistischen Verdienste beginnt der Aufruf und kommt dann zu des Pudels Kern:

„Bei dieser Erkenntnis und Kenntnis der Dinge wagen wir vor der Partei, die sich unversehens in einer harten Schlacht mit einer erst durch sie möglich gewordenen neuen nationalen Staatsautorität verwickelt sieht, eine offene Bitte auszusprechen.“

Die Bewegung möge sich nicht auf jene erstarrte Arbeitnehmer-Front treiben lassen,

von wo aus nur mehr Arbeitnehmer-Politik alten, und das heißt marxistischen Stills getrieben werden kann, und von wo aus im untrennbaren Klassenkampf, wie die Partei und ihre Führer am allerbesten wissen, weder Deutschland noch der deutsche Arbeiter gerettet werden können.“

Das Werben des Zentrums um den braunen Bruder ist demgegenüber zur Zeit eingeschlafen.

Die Bemühungen der Herrn Schleicher so nahe-stehenden „Börsenzeitung“ sprechen für die Tatsache, daß die NSDAP-Leitung mit den von „antikapitalistischer Sehnsucht“ erfüllten Elementen in ihrer Partei ernsthaft zu schaffen hat. Diese Tatsache verdient aufmerksame Beachtung der Arbeiterorganisationen. Nicht im Sinne der von Paul Löbe ausgesprochenen Neigung, daß „demokratische, bolschewistische und nationale Sozialisten“ gemeinsam die „Kommandohöhen der Wirtschaft“ besetzen sollten — das wäre eine unhaltbare Einheitsfront! Das einzig natürliche und — wenn es erst organisiert wäre — das festere Bünd-

nis der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen würde hinreichen, um Massen antikapitalistisch gesonnener Arbeiter aus der Nazifront herauszubringen und dem zusammengelaufenen Haufen der NSDAP einen schweren Stoß zu versetzen.

## Freidenker heraus!

### Kirchenaustritt soll erschwert werden.

Die deutschnationale Fraktion des preußischen Landtags hat in einem Antrag einen Gesetzentwurf über den Austritt aus den Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts eingebracht. Das Gesetz vom 50. November 1920 soll dadurch aufgehoben und das Verfahren der Austrittserklärung neu geregelt werden.

Dieser Anschlag, der darauf abzielt, die Freidenkerorganisationen durch Abschneiden des Zustroms neuer Mitglieder zum Aussterben zu bringen, sollte den aktiven Protest der Freidenker, vor allem des Deutschen Freidenker-Verbandes herausfordern. Wir können uns nicht auf die Haltung der SPD im Parlament verlassen. Der DFV soll

**Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet,** senden Sie bitte 50 Flaschen.

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch! Apfelsaft, edel und würzig, 10 Flaschen nur 5,40 Mark. Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen.

**Frischkost-Reformhaus** Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

**Maßarbeit ersklassig und billig** Herren-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme Aufbügeln und Reparaturen **ALFRED ARENSBERG** Berlin-Reinickendorf-Ost Hinter der Dorf-Aue 14

**Sie brauchen einen neuen Wintermantel!**

Legen Sie Wert auf Haltbarkeit? Dann kommt nur **Maßarbeit für Sie in Frage**. Achten Sie auf saubere Arbeit? Dann lassen Sie nur arbeiten bei **R. SCHONHEIT** Herren- u. Damenmoden Magdeburg, Otto v. Guerickestr. 104, u.

BERLIN

**KAMERA**

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987 22. Sept.: Der Mann, der den Nord beging. Ab 23. Sept.: **Erfahrene Frau gesucht.** mit Colleen Moore. Anny Ondra: Die grausame Freundin. Fox tönende Wochenschau Anfangszeit: 17, 18, 0u 20 45 Uhr

selber handeln. Es gilt, nachdem in Essen demonstriert worden ist, nun zu handeln: der deutschnationale Antrag liefert die Parole für großzügige Kirchenaustrittskampagnen.

Heraus aus der Kirche, ehe das Austrittsverfahren „neu geregelt“ ist!

Es ist jetzt weniger als je angängig, daß in einer Stadt wie Berlin während des ganzen Jahres 1932 keine öffentliche Freidenkerkundgebung oder -versammlung, in manchen Bezirken nicht einmal eine Mitgliederversammlung stattgefunden hat.

Gerade jetzt ist die Zeit für den Kirchenaustritt besonders günstig. Wer bis zum 31. Dezember austritt, braucht nur noch bis zum 31. März die Kirche durch Kirchensteuern zu finanzieren.

Für diejenigen, die tagsüber keine Möglichkeit haben, das Amtsgericht aufzusuchen, veranstaltet die Freireligiöse Gemeinde, Berlin, einen Kirchenaustrittsabend, und zwar am Freitag, dem 25. September, von 18—20 Uhr, in der Pappelallee 15.

Die Notariatsgebühr beträgt pro Person 2 Mark. Eine Legitimation ist erforderlich.

## Anschlag Papen-Bracht auf das „Reichsbanner“.

Auf Anordnung des kommissarischen preußischen Staatsministeriums ist die „Reichsbanner“-Ortsgruppe Richtenberg (Pommern) aufgelöst worden, weil „der Zweck des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft“.

Zur Vorgeschichte: Wegen eines Zusammenstoßes mit Nazis im Februar vorigen Jahres waren einige Richtenberger Reichsbannerleute, darunter der örtliche technische Leiter des „Reichsbanners“, zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die Ortsgruppenleitung hatte sich dann geweigert, der Aufforderung der Regierung, die verurteilten Mitglieder auszuschließen, nachzukommen. Die Regierung behauptet, es sei ein planmäßiger Ueberfall seitens der Richtenberger Ortsgruppe nachgewiesen. Beweis: kurz vorher wurde „von führenden Angehörigen“ des „Reichsbanners“ in Richtenberg beschlossen, einen „angeblichen Propagandamarsch“ zu unternehmen! Das ist die ganze Begründung! Im Nichtausschluss der Verurteilten erblickt nun die Regierung die „Billigung ungesetzlicher Zwecke“ seitens der Ortsgruppenleitung.

Man braucht nicht auf die juristische „Begründung“ der Auflösung einzugehen, um sich ein Urteil darüber zu bilden, was dieses Verfahren mit Objektivität und rechtlichen Erwägungen überhaupt noch zu tun hat. Wie stellt sich Herr von Papen, der ja auch im Reich regiert, zu der Solidaritätserklärung der Reichsparteileitung der NSDAP mit den Potempaer Mördern — einer Solidaritätserklärung, die über den Nichtausschluss der verurteilten Mölder weit hinausgeht? Diese Tatsache genügt, um den neuen Akt der Kommissare gegen jeden optimistischen Verdacht zu schützen.

Hoffentlich haben diese Willkürakte wenigstens den Erfolg, die sozialdemokratischen Organisationen dahin zu stoßen, wohin sie gehören: an die Seite der Organisationen ihrer Klassengenossen, in die Einheitsfront.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Witten-Ruhr:** Freitag, 23. September, 20 Uhr, in der Wirtschaft Burgholz, Winkelstraße. Thema: Klassenjustiz. Referent: Gen. Rechtsanwältin Block.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

**A. JANISZEWSKI** BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29 Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 54 71

**druckt** Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen

Freunde und Leser des „Funken“! Unterstützt Eure Zeitung! Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

## Ghandi im Hungerstreik!

Der Hungerstreik Ghandis für die Rechte der Parias (Unberührbaren) ist ein neues Signal für die Kämpfe des indischen Volkes. Wer sind die Parias und warum werden gerade sie besonders unterdrückt?

Wer die Ursachen und den Weg der bisherigen Kämpfe kennen lernen will, der lese:

**Indien in der Zange.** Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes. Von Karl Hinkel. Mit einer Karte und 9 Bildern. / Brosch. 3,— M., Ganzl. 4,— M.

Aus den Presseurteilen: „Der Verlag 'Öffentliches Leben' hat sich durch dieses Buch ein Verdienst um die Kultur erworben. Es wäre sehr zu beklagen, wenn es in der Hochflut des Büchermarktes nicht die gebührende Beachtung fände.“ („Die Geistesfreiheit“ vom 1. 9. 1932.) „Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine vernichtende! Diese müßte jedem Menschen die Augen öffnen über die Verhältnisse der kapitalistischen Welt.“ („Das Andere Deutschland“ Nr. 16. 1932.) Der Verfasser versteht es meisterhaft, die wirtschaftliche Not eines großen Volkes in klare Strichen zu zeichnen.“ („Gewerkschaft“ Nr. 22 1932.) Zum wohltuenden Unterschied von der durch die Ghandi-Bewegung ausgelassen großen Indienliteratur, die sich vorwiegend mit den ethischen und politischen Seiten des Problems, Indien beschäftigen zeigt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen aus. unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen.“ (Internationale Gewerkschaftsbewegung“ Nr. 6 1932.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheckkonto Berlin 313 42.

# Der Berliner Kommunistenprozeß.

## Parteienbummler.

Die Frau des erschossenen Gatschke berichtete am Mittwoch u. a., daß ihr Mann — im Herzen immer Nazi — vorübergehend in die KPD eingetreten sei. Er habe damals (etwa 1930) eine Notstandsarbeit gehabt, und da hätten ihn seine Arbeitskollegen gedrängt: er könne dort nicht arbeiten, wenn er nicht Mitglied der KP würde. Schließlich sei er eingetreten, um den Belästigungen der Kollegen ein Ende zu machen. Dann hat Gatschke bald einen Kassiererposten in der KP bekommen; der Posten soll ihm aufgedrängt worden sein. Die Frau nennt Namen und Adresse des Funktionärs, an den ihr Mann die kassierten Beiträge abführte. Erst im März dieses Jahres soll Gatschke dann Mitglied des Sturms 33 geworden sein.

## Nazizeugen.

Viele Nazizeugen sind am Mittwoch aufmarschiert. Keiner außer Kwiatskowski, über den wir bereits berichteten, hat einen der Angeklagten als den Täter einer bestimmten Tat erkannt. Alle Naziaussagen stimmen darin überein, daß Schüsse von der Seite, auf der das SA-Lokal liegt, nicht beobachtet worden sind.

Im Gegensatz zu den Angeklagten-Aussagen, die bis auf die erwähnte und offen korrigierte Dummheit bei der Polizeivernehmung ordentlich sind (teilweise — wie bei dem Hauptangeklagten Calm — außergewöhnlich sicher und exakt), sind die Aussagen der Nazis auch in diesem Prozeß meist von der Art, daß ein unterdrücktes Kichern im Zuschauerraum hörbar wird oder ein Lächeln über die Gesichter gleitet. Bei fast allen Nazizeugen wird die Beleidigung ausgesetzt. Rosenfeld als Verteidiger hat eine überlegene Art, mit Ruhe und Eindringlichkeit, auch mit Ironie die Brühigkeit der nationalsozialistischen Bekundungen ins hellere Licht zu rücken. Wir bringen ein paar Beispiele.

## Zeuge Voß.

**Verteidiger:** Haben Sie bei einem Ihrer Kameraden eine Schußwaffe gesehen?

**Zeuge:** Nein.

**Verteidiger:** Haben Sie früher einmal bei einem Ihrer Kameraden eine Schußwaffe gesehen?

**Zeuge:** Nein.

**Verteidiger:** Sie haben also nie bei irgend einem Ihrer Kameraden einmal eine Schußwaffe gesehen?

**Zeuge:** Nein.

**Verteidiger:** Und sind Mitglied des Sturms 33?

**Zeuge:** Ja.

## Ebenfalls SA-Mann Voß.

**Verteidiger:** Wieso kamen Ihnen die Leute dort verdächtig vor?

**Zeuge:** Es waren keine von unseren.

**Verteidiger:** Aber es gibt doch noch andere Leute außer Nazis und Kommunisten.

**Zeuge:** Und dann saßen sie so auf den Bänken herum und sahen so heruntergekommen aus.

**Verteidiger:** Also wenn Leute heruntergekommen aussehend auf Bänken sitzen und nicht als Nazis bekannt sind, dann sind es Kommunisten.

**Zeuge:** Zentrumsleute gibt es ja in der Gegend nicht!

## Zeuge Erdmann.

**Vorsitzender, Landgerichtsdirektor Tolik:** Standen Posten vor Ihrem Lokal?

**Zeuge:** Weiß ich nicht.

**Vorsitzender:** Haben Sie nicht früher einmal gesagt, daß Posten dagewesen seien?

**Zeuge:** Es können ja welche dagewesen sein.

**Vorsitzender:** Sie haben bei der Polizei erklärt und unterschrieben, daß vier Leute Posten gestanden haben.

**Zeuge:** Das war dann wohl ein Irrtum.

## Zeuge Domning.

**Zeuge:** Der Kommunist hat gesagt, er wolle schießen. Eine Waffe habe ich nicht bei ihm gesehen.

**Vorsitzender:** Sie haben bei der Polizei angegeben, Sie hätten gehört, daß eine Waffe entsichert worden sei.

**Zeuge:** Ich habe so einen Knax gehört, aber man weiß ja nie, ob es eine Waffe war.

**Verteidiger Rosenfeld:** Haben Sie schon einmal gehört, wie eine Waffe entsichert wurde?

**Zeuge:** Ja.

**Verteidiger:** Wo haben Sie das gehört?

**Zeuge:** Das sage ich nicht.

## Wieder Unruhen in Altona.

### Waffenfunde bei den Nazis.

Die Polizeipressestelle aus Altona teilt mit: „Am Montag abend gegen 22 Uhr wurden Ecko Blumen- und Weidenstraße etwa 25 Nationalsozialisten von Kommunisten mit Ascheimern beworfen und aus Pistolen beschossen. Beim Erscheinen der Polizei flohen die Kommunisten in die anliegenden Nebenstraßen und Häuser. Da von den Flüchtenden noch auf die Polizeibeamten geschossen wurde, feuerten letztere mehrere Schreckschüsse ab. Die Kommunisten sind entkommen. Die Nationalsozialisten und herumstehende Personen wurden nach Waffen durchsucht. Ein Nationalsozialist war im Besitze einer Schreckschußpistole. Von dem inzwischen alarmierten Ueberfallkommando wurde das Ecko Schaumburger Straße und Weidenstraße gelegene Verkehrslokal der NSDAP überholt, da nach Zeugenaussagen auch von Nationalsozialisten Schüsse abgegeben worden waren. Bei einem SA-Mann wurde ein mit sechs Schuß geladener Trommelrevolver und eine Schreckschußpistole gefunden. Ein weiterer Nationalsozialist trug Pistolenmunition bei sich. Beide wurden der Abteilung IA zugeführt. Außerdem wurden im Lokal noch drei Eisenstäbe und ein Holzknüppel beschlagnahmt.“

## Mordknecht oder Verrückter?

### Ein nationalsozialistischer Mitarbeiter parlamentarischer Ausschüsse.

Das Essener Sondergericht hatte sich mit einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Bottrop zu beschäftigen, bei dem am Abend des 18. Juni ein Kommunist Verletzungen am Kopf davongetragen hatte und zwei weitere Personen — ein Kommunist und ein angeblich Parteiloser — durch Schüsse in den Oberschenkel verletzt worden waren. Die Mittwochsitzung brachte eine Ueber raschung. Der Verteidiger der vier angeklagten Nationalsozialisten überreichte dem Gericht einen Brief des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Paul Schmidt, worin dieser an Eidesstatt erklärt, die beiden Schüsse auf die Kommunisten abgegeben zu haben. Schmidt, der als Zeuge geladen war, entschuldigte jedoch sein Fernbleiben mit der Teilnahme an einer „wichtigen Ausschuß-Sitzung“ in Berlin.

**Vorsitzender:** Sie haben nur dann das Recht, die Aussage zu verweigern, wenn Sie durch die Antwort sich selber einer strafbaren Handlung bezichtigen würden, also nur dann, wenn Sie selber schon eine Waffe auf der Straße entsichert haben.

**Verteidiger:** Entweder Sie sagen mir, daß Sie schon gehört haben, wie eine Waffe entsichert wird, und dann frage ich Sie: wann und von wem? Oder Sie sagen, daß Sie es noch nie gehört haben, und dann frage ich Sie: woher wissen Sie, wie es klingt, wenn eine Waffe entsichert wird?

**Zeuge:** Ich habe es doch gehört, wie der Kommunist die Waffe entsichert hat.

**Verteidiger:** Da haben Sie aber die Waffe nicht gesehen. Haben Sie schon gehört, wie eine Waffe, die Sie sehen konnten, entsichert wurde?

**Zeuge:** Es ist mir erzählt worden, daß das so einen Knax gibt.

**Verteidiger:** Sie wissen es also nur vom Hörensagen. — Haben Sie noch auf dem Rad gesessen, als Sie das hörten?

**Zeuge:** Ja.

**Verteidiger:** Sie haben also, während Sie auf dem Rad fahren, einen Knax gehört, von dem Sie wissen, daß er durch Entsichern einer Pistole entstanden ist, obwohl Sie nur vom Hörensagen wissen, wie das klingt.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergaben, daß Schmidt tatsächlich zurzeit in Berlin weilte, daß er aber, da er keinem der nach der Reichstagsauflösung weiter tagenden Ausschüsse angehört, nicht mehr durch Immunität vor Strafverfolgung geschützt ist. Der Verteidiger erbot sich, mindestens ein halbes Dutzend Zeugen für die Richtigkeit der Behauptungen des Selbstbezichtigten namhaft zu machen. Die Verhandlung wurde schließlich auf den 30. September vertagt. Sollte Schmidt sich vorher dem Gericht stellen, wird die Verhandlung früher fortgesetzt werden.

Weshalb verhaftet man diesen gemeingefährlichen Mann nicht, da er doch nicht mehr immun und sein Aufenthaltsort bekannt ist?

## Stennes-Leute gegen Nazis.

### Eine blutige Saalschlacht.

In der Nacht zum Mittwoch wurde auf die Schnitterkaserno des Gutes Osterne ein politischer Ueberfall verübt. Die Arbeitsdienstfreiwilligen des Arbeitslagers Badingen, die politisch der Stennes-Richtung angehören, hatten seit längerer Zeit mit den Schnittern, die Anhänger der NSDAP sind, Streitigkeiten. Sie bewaffneten sich nun in der Nacht mit Kartoffelhacken, Spaten, Sensen und sonstigen Feldgeräten, drangen unter Anführung ihres Aufsehers Borchardt in die Schlafsäle der Schnitter ein und überfielen sie in ihren Betten. Es kam zu einer blutigen Saalschlacht, bei der drei Personen schwer und einige andere leicht verletzt wurden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

## Berlin soll Posten abbauen — sonst kommandiert es Bracht

In raschem Tempo geht Brachts Verwaltungsreform in Preußen weiter. Sein neuester Schritt betrifft die Berliner Verwaltung. Durch den Oberpräsidenten hat der Berliner Oberbürgermeister zwei Erlasse von Bracht erhalten. Bracht knüpft an die von den Berliner Körperschaften erörterte Verminderung der Verwaltungsbezirke an. Falls die zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften nicht in kurzer Zeit zu einer Neuorganisation der Verwaltungsbezirke gekommen seien, wird Bracht dem Staatsministerium eine Verordnung vorschlagen, die sich auf die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden vom 24. August 1931 stützen werde.

Die Verordnung denkt Bracht sich so, daß dem Magistrat eine Frist bestimmt wird, innerhalb der er selber ohne die bisher notwendige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung die Zahl der Bezirke herabsetzen soll. Tut er das nicht innerhalb der fraglichen Frist, so soll dem Oberbürgermeister diese Aufgabe übertragen werden.

In den einzelnen Bezirksämtern soll auch die Zahl der besoldeten Mitglieder herabgesetzt werden.

„Mit Rücksicht auf den Termin der regelmäßigen kommunalen Neuwahlen bedarf die dringende Frage der Neueinteilung der Verwaltungsbezirke der Stadt Berlin eiliger Lösung. Ich ersuche daher ergebenst, mir bis zum 15. Oktober zu berichten, ob hierüber ein Gemeindebeschuß unter Zustimmung der beteiligten Bezirksversammlungen gefaßt worden ist.“

Im zweiten Erlaß spricht Bracht von einer Aenderung der Verfassung der Berliner Verwaltungsbezirke. „Dabei denke ich in erster Linie an die Einführung einer der süddeutschen Stadtratsverfassung ähnlichen Verfassungsreform in den Verwaltungsbezirken, wie sie in dem Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes für die Hauptstadt Berlin vorgesehen war.“ Auch zu diesem Punkt ersucht Bracht um Bericht bis zum 15. Oktober, und zwar über die Stellungnahme der städtischen Körperschaften.

Der Magistrat wird am Montag abschließend zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Der SPD wird bei Gelegenheit dieser Reform eine Reihe von Posten entgleiten, die bisher unter ihrer Kontrolle standen. — Das ist auch der Sinn der ganzen Aktion! Also auch hier statt der Reste von republikanischer Selbstverwaltung das aufgedonnerte „ersuche ich“ und „denke ich mir so“ — alles Deutsche à la Wilhelm II. Von niemand gebeten, immer dabei! „Dem Volk kann weder Wasser bei noch Feuer!“

## „Helft Hindenburg helfen!“

Aus Frankfurt/Oder wird gemeldet, daß der Kriegsinvalid Friedrich Hemmerling in Mohrin das zehnte Kind in die Welt gesetzt hat. Hindenburg hat „die Ehrenpatenschaft übernommen und ein Gnadengeschenk von dreißig Mark überweisen lassen“. — Ein Friedensinvalid scheidet Herr Hemmerling nicht zu sein!

# Aber wirklich Bracht-Kerrie!

## Die Nazis als Stehaufmännchen!

Die preußische Landtagssitzung am Mittwoch begann mit einem völligen Rückzug der Nazis vor der kommissarischen Regierung. Am 30. August hatte der Landtag mit den kommunistischen und nationalsozialistischen Stimmen beschlossen, daß kein Beamter oder Angestellter des preußischen Staates verpflichtet sein sollte, den Anordnungen des Staatskommissars Folge zu leisten. Zu Beginn der Mittwochssitzung gab aber plötzlich Hinkler für die Nazi-fraktion folgende Erklärung ab:

„Angesichts der Erklärungen der Presse des Herrenklubs und des Herrn Reichskanzlers von Papen bezüglich der Auffassung der nationalsozialistischen preußischen Landtagsfraktion zu den Rechten und Pflichten der Beamten dem Reichskommissar in Preußen gegenüber erklärt die Fraktion folgendes: Die Fraktion hat am 30. August dem kommunistischen Antrag zugestimmt, daß am gleichen Tage auf Anordnung der kommissarischen preußischen Regierung sämtlichen Ministerialbeamten im Gegensatz zu den Gepflogenheiten der früheren Regierung und im Gegensatz zu den Rechten der Volksvertretung verboten war, die Räume des Landtages überhaupt zu betreten und ihrer pflichtgemäßen Berichterstattung der Volksvertretung gegenüber nachzukommen. In den letzten drei Wochen hat die preußische Regierung — wohl unter dem Druck dieser Entscheidung (!) — sich bemüht, weitere Verfassungsverletzungen gegenüber der Volksvertretung zu vermeiden. Die nationalsozialistische Fraktion des preußischen Landtages erklärt dazu, daß sie nicht daran denke, von sich aus gegenüber einer im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handelnden Regierung die Beamten und Staatsangestellten zu einer Verletzung ihrer Pflichten aufzufordern. (Lachen links.) Soweit die Reichskommissare von Papen und Dr. Bracht unter dem Druck des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, an dessen Verfassungstreue Zweifel nicht bestehen können (erneutes Lachen links), im Rahmen der auch von ihnen beschworenen Verfassung handeln, sieht es die Fraktion der Nationalsozialisten für eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten und Staatsangestellten an, auch ihrerseits Verfassung und Gesetze in preußischer Pflichterfüllung zu beachten.“ (Andauerndes Gelächter links.)

Also eine völlige Kapitulation der Nazis vor Papen-Bracht.

Der Kommunist Kasper bekam das Wort zur Begründung des kommunistischen Antrags auf Landtagsauflösung. Er kam aber nicht weit, da die durch den nationalsozialistischen Umfall mit besonderem Aroma behaftete Bezeichnung „Bracht-Kerrie“ dem Gehege seiner Zähne entfloß. Der zartbesaitete Herr Kerrie bewies daraufhin so

wenig Humor, daß er den Abgeordneten Kasper „wegen grober Verletzung der Ordnung“ von der Sitzung ausschloß.

Pieck sprang dann ein, um den kommunistischen Antrag zu begründen.

Die Abstimmung über die Auflösung des Landtages ergab Ablehnung des kommunistischen Antrags. Für die Auflösung stimmten nur die Kommunisten, Deutschnationalen und die — Staatspartei.

## In der politischen Debatte

im Landtag sprach besonders breit Heilmann. Wir schweigen über diese Leistung, die in ihrer Polemik gegen die Kommunisten jeder proletarischen Solidarität bar ist. Leute, die für den Aufbau der Einheitsfront so unmögliche Vertreter sind wie Heilmann, haben in der jetzigen Zeit den Mund zu halten. Es spricht nicht für den neuen Kurs des „Vorwärts“ unter Lobe, daß er unter der Ueberschrift „Heilmann stümpft Kommunisten und Nazis“ dessen Auslassungen ausführlich bringt.

## Und sie machten eine Kommission . . . !

Der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der als Untersuchungsausschuß die Vorgänge der letzten Reichstagsitzung klären soll, ist am Donnerstag morgen unter dem Vorsitz von Paul Lobe zusammengetreten. Durch einen Lautsprecher wird während der Sitzung auch die auf Schallplatten aufgenommene Reichstagsitzung nochmals vor den Ohren der Ausschußmitglieder abrollen. Es geht um die Klärung der Frage, wann der Kanzler sich zum Wort gemeldet hat, ob vor oder nach Eintritt in die Abstimmung, zu welcher Zeit und in welcher Form die Urkunde über die Auflösung dem Reichspräsidenten übergeben worden ist und wie der Präsident sich bei Entgegennahme dieser Urkunde verhalten hat.

Lobe teilte zunächst mit, daß er mündlich in aller Form den Kanzler, den Reichsinnenminister und den Staatssekretär Planck eingeladen habe. Dabei sei ihm erklärt worden, daß die Mitglieder der Regierung erscheinen würden, sofern es sich wirklich um die Feststellung des Tatbestandes handle. Allerdings hätten die Herren gebeten, zuerst unbeteiligte Beobachter, Zuhörer und Zuschauer zu vernehmen, bei denen die Gefahr einer unbewußt gefärbten Darstellung weniger bestehe. Lobe erklärte, daß die Erklärung der Reichsregierung nicht von der gesetzlichen Pflicht zum Erscheinen vor dem Ausschuß entbinde; doch habe der Vorschlag über die Reihenfolge der Zeugenvernehmung eine gewisse Berechtigung.

# Preisabbau und Krise.

In einem Flugblatt „Der ISK und die Krise“, herausgegeben vom Verein für FFF, heißt es:

„Genosse Rauschenplat vom ISK sagte in einer Versammlung dieser Gruppe wörtlich: „Der Preisabbau ist das natürliche Heilmittel der Krise!“...“

Genosse R., würdigen Sie irgend etwas unternehmen, wobei Erwerbslose Beschäftigung und Lohn finden könnten, z. B. Häuser bauen, wenn Sie sich sagen müssen, daß das heute gebaute und für 10 000 Mark verkäufliche Haus morgen nach dem Preisabbau nur noch 9000 Mark einbringt? Würden Sie nicht besser warten, um solch Verlustgeschäft zu vermeiden? So aber warten Tausende Fabrikanten und Millionen Erwerbslose! ...

Preisabbau treibt das Geld in die Vorstecke, lähmt so die Wirtschaft und bewirkt gerade das Gegenteil dessen, was Genosse Rauschenplat und der ISK erreichen will!“

Bei der Nachprüfung dieser Kritik des Vereins für FFF kommt alles an auf den Sinn des Satzes: „Der Preisabbau ist das natürliche Heilmittel der Krise.“

Der Sinn dieses Satzes ist: „Wenn die Preise abgebaut worden sind, wird die Krise überwunden.“ Die Kritik der Freiwirtschaftler richtet sich gegen die Behauptung: „Während die Preise abgebaut werden, wird die Krise überwunden.“ Dieser Satz ist von Rauschenplat nicht aufgestellt worden und wird auch sonst im ISK nicht vertreten.

Daß eine Wiederbelebung der Wirtschaft eintritt, wenn der Preisabbau vollzogen ist, wird aber von den Freiwirtschaftlern gar nicht bestritten. In ihrem Flugblatt heißt es geradezu: „So aber warten tausende Fabrikanten und Millionen Erwerbslose.“ Worauf warten sie? Doch offenbar darauf, daß die Preissenkung vollzogen worden ist. Dann werden die Fabrikanten wieder Aufträge und die Erwerbslosen wieder Arbeit haben.

Im Grunde genommen besteht also der Sache nach gar kein Widerspruch zwischen der von Rauschenplat vertretenen Ansicht und der Auffassung der Freiwirtschaftler.

Damit ist aber nicht gesagt, daß die von dem Verein für FFF vertretene Ansicht richtig ist, derzufolge während der Preissenkung die Wirtschaft immer weiter zurückgeht

und also die Krise immer schlimmer wird. Denn einerseits gibt es große Massen von Käufern, die mit ihren Einkäufen nicht warten können, bis die Preise vermutlich den Tiefstand erreicht haben, und zwar gibt es solche Käufer in der heutigen Klassengesellschaft in besonders großer Zahl. Andererseits gibt es viele Waren, mit deren Kauf niemand warten kann, da ihr Konsum zum Leben notwendig ist, sowie viele Waren, die im allgemeinen nicht in großen Mengen auf Lager produziert werden.

Von den zum Leben notwendigen Waren können und werden die großen Massen um so mehr kaufen, und zwar sofort, je mehr die Preise sinken. Dem steht dann gegenüber, daß bestimmte Käufergruppen, die es sich leisten können, mit dem Kauf bestimmter Waren, deren Verbrauch nicht dringlich ist, zurückhalten. Es ist im Voraus gar nicht sicher, ob während des Preisabbaus die ankurbelnde oder die abkurbelnde Wirkung überwiegt. Das bedarf in jedem Einzelfall einer besonderen Untersuchung.

Nehmen wir einmal an, der Preisfall würde künstlich abgebremst oder ganz aufgehoben, um die erwähnte ankurbelnde Wirkung zu verhindern. Dann bleibt auch die Ankurbelung aus! Denn dann sitzen auf der einen Seite dauernd die Massen mit der nicht wachsenden Kaufkraft, auf der anderen die Fabrikanten, die dauernd nur eine kleine Menge Waren absetzen können, ohne daß irgend eine Kraft wirksam wird, die diesem Elend ein Ende bereitet. Die Ueberwindung der Krise wird dann also verhindert.

Noch eins zu dem Flugblatt: Es setzt stillschweigend voraus, daß die Arbeiterschaft kein Mittel hat, zu verhindern, daß zuerst die Löhne abgebaut werden, und zwar offenbar mindestens im gleichen Maße wie nachher die Preise (denn den Arbeitern erwachsen nach jener Ansicht große Nachteile aus dem Preisabbau). So zu urteilen, heißt einerseits die Lehren der Geschichte verkennen, denen zufolge in allen Krisen Preise mehr gefallen sind als Löhne, andererseits die Bedeutung gewerkschaftlicher Aktionen zu übersehen, durch die Lohnkürzungen verhindert werden können. Die Freiwirtschaftler ziehen es vor, Gewerkschaftsarbeit zu Gunsten ihrer krausen Theorien abzulehnen.

Gerhard Kumbleben.

# Da hört die Diskussionsmöglichkeit auf.

Die sehr rührigen Freigeldanhänger fragen seit dem Bestehen des ISK einzelne Genossen und die Redaktion der Zeitschrift „ISK“ nach der Stellung des ISK zur Freigeldlehre. Eine Antwort auf diese Fragen wird nach eingehender Vorarbeit in der Schrift von Helene Boyer gegeben: „Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?“ (Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14. 40 Pfennig).

Die Schrift kommt, wie es im Vorwort heißt, zu dem eindeutigen Ergebnis,

„daß wesentliche Fehler in Gesells. Zins- und Krisenlehre enthalten sind und weder sein „Freigeld“ noch die von ihm vorgeschlagene Index-Währung Mittel sind, um Wirtschaftskrisen zu vermeiden.“

Wer diese Fehler im einzelnen kennenlernen will, sei auf einige andere Beiträge in dieser Nummer des „Funkens“ verwiesen, außerdem vor allem auf die genannte Schrift.

Ernsthaftige Einwendungen, die in dieser Schrift nicht bereits im Voraus widerlegt sind, kamen uns nicht zu Gesicht. Die Zuschriften und Zeitungsartikel von Freigeldanhängern brachten uns überhaupt wenig Neues (außer etwa der Mitteilung, daß der Viehhändler, der einem Bauern eine Kuh zu teuer verkauft, dem Bauern als Goldbesitzer gegenüber steht; „Letzte Politik“ Nr. 26). Diese Kritiker unserer Kritik konnten unsere Ansicht über die Freigeldlehre nicht erschüttern.

## Wissenschaft und Denkfähigkeit.

Auch ist unsere Ansicht, daß mit manchen Vertretern der Freigeldlehre eine wissenschaftliche Diskussion nicht möglich ist, inzwischen nicht erschüttert, sondern vielmehr mit einer alle Erwartungen übersteigenden Deutlichkeit bestätigt worden, nämlich durch einen Aufsatz von Hans Timm in der „Letzten Politik“ Nr. 25. Dort macht sich Timm über den Versuch des ISK lustig, auf Grund wissenschaftlicher Schulung wirtschaftliche Fragen planmäßig zu klären.

Für Timm ist Wissenschaft eine Angelegenheit des Lernens. Er hat offenbar den üblichen Betrieb an Hochschulen und höheren Schulen im Auge. Das sind in der Tat weitgehend nur Stätten des Lernens, im Sinn von Kennenlernen, Auswendiglernen. Wissenschaftliche Schulung ist etwas ganz anderes. Sie besteht darin, die eigene Einsicht und methodisches Denken zu üben. Der wissenschaftliche Geschulte kann eine Aufgabe, wie Timm sie in jenem Aufsatz nennt, leicht bewältigen. Wir glauben ihm aber gern, daß „wissenschaftliche“ — das heißt: in dem Lehrbetrieb der Hochschulen dresierte — Juristen, Nationalökonomien und Mathematiker dabei meist völlig versagen.

Daß Timm selber von wissenschaftlicher Schulung nichts hat und sie selber sogar ablehnt und nur Agitator ist, wußten wir seit langem. Timm beschwert sich in seiner Zeitschrift, der „Letzten Politik“, daß er zu der wissenschaftlichen Diskussion über die Freigeldlehre, die der Abfassung der genannten Broschüre voranging, nicht eingeladen worden ist. Es ist uns angenehm, daß er nunmehr in der „Letzten Politik“ selber die Gründe, die uns dazu führten, gerade ihn nicht einzuladen, demonstriert hat; es ist daher möglich, zur Beantwortung des Vorwurfs Interessenten auf die Lektüre der „Letzten Politik“ Nr. 25 zu verweisen. Sie werden dort finden, daß Timm auf Kritik nicht durch Widerlegung von Gründen antwortet, sondern — außer durch den Vorwurf: lehrsatzmäßige Zerreißung der Freigeld-Wahrheit — vor allem durch den Vorwurf: Mangel an Denkfähigkeit. Da hört die Diskussionsmöglichkeit auf.

Rpt.

# Das Preisthermometer.

## Kindliche Betrachtungen über Ursache und Wirkung.

Emile Burns zitiert in seiner Schrift: „Der einzige Ausweg“ („The only way out“, London 1932) Sir Joshua Stamp: „Wie steht es mit der Krise in den Grundstoff-Industrien, der Arbeitslosigkeit, den Arbeitskämpfen, dem Klassenhaß, der hohen Besteuerung und allen übrigen Uebeln? Meine Antwort ist: Das Problem des Preisstandes ist das grundlegende für eine Lösung all dieser Probleme.“ — Burns schreibt dazu folgende gutgelungene Kritik, die sich alle Freigeld-Anhänger einrahmen und über ihren Schreibtisch hängen sollten:

„Was für einen Grund gibt es für die Annahme, daß das Problem des Preisstandes ein ‚grundlegendes‘ Problem“ ist, eine Behauptung, die nur bedeuten kann — und sie wird auch von ihren Anhängern so aufgefaßt — daß fallende Preise die Ursache der Krise sind?“

Die Annahme gründet sich auf die Tatsache, daß fallende Preise zusammenfallen mit schlechtem Geschäftsgang und steigender Arbeitslosigkeit. Aber ist das genügend Grund zu der Annahme, daß die Preisänderung die Ursache der Aenderung im Geschäftsgang und in der Beschäftigung von Arbeitern ist?

Stellen wir uns die Ueberlegungen eines Kindes vor, dessen Neugier durch die Veränderungen der Temperatur in seinem Badewasser erregt wird. Seine Mutter — die in Kinderpflege ausgebildet ist — schüttet zuerst kaltes Wasser in das Bad und legt dann ein Thermometer hinein. Die Aufmerksamkeit des Kindes ist auf das Thermometer gerichtet. Es achtet nicht auf das Kommen und Gehen der Mutter; es bemerkt nur, daß sie mehr Wasser zugießt. Das Kind beobachtet nun, daß die Säule im Thermometer sich zu

bewegen beginnt. Es beugt sich über die Badewanne, um genauer zuzusehen, und berührt das Wasser. Sobald die Säule im Thermometer steigt, fühlt es das Wasser wärmer werden. Tag für Tag geschieht dasselbe. Nach und nach bildet sich eine Ideenverbindung im Kopf des Kindes. Seine Intelligenz wächst rasch, und es beginnt, die Tatsachen aufzuzeichnen, die es beobachtet. Es zeichnet Tabellen und bringt sie in die Form eines Schaubildes und beweist seinen Besuchern schlüssig, daß das Steigen der Säule im Thermometer immer zusammenfällt mit dem Steigen der Temperatur im Badewasser. Niemand bestreitet die Tatsachen, die es beobachtet hat, und, wie es so geht, es schreibt schließlich eine Abhandlung über diesen Gegenstand. In der Abhandlung indessen stellt es nicht nur die Tatsachen fest, sondern zieht einen Schluß von weittragender Bedeutung: daß

die Bewegung des Quecksilbers im Thermometer die Ursache der Aenderung der Temperatur

ist und daß das „grundlegende Problem“ der Temperaturänderungen das Problem ist: Wie reguliert man das Steigen und Fallen des Quecksilbers in den Thermometern?

Die Ueberlegungen, die hinter der Annahme stehen, daß Preisänderungen die Ursache der Konjunktur-

änderungen sind, sind nicht weniger phantastisch; solche Ueberlegungen beachten genau wie die des Kindes die entscheidenden Tatsachen nicht und sie sehen nur deshalb einigermaßen einleuchtend aus, weil die entscheidenden Tatsachen ohne Begründung unterdrückt oder ohne Widerlegung abgetan werden.

A. M.

# Das Problem der Zeit und seine Meisterung.

Unter diesem vielversprechenden Titel hat Karl Walker zur Propaganda für das von Silvio Gesell erfundene Freigeld ein Buch von 226 Seiten geschrieben. Wir raten unseren Lesern gut, wenn wir ihnen nahe legen, das Buch — trotz der Anpreisung auf der Buchhülle: „Dieses Buch gehört den Suchenden! ... Was dies Buch bietet, ist: Gewißheit“ — weder für 4,50 kartoniert noch für 6,50 in Ganzleinen zu kaufen.

Wir wollten, obwohl wir keine Christen sind, den Schleier der sogenannten christlichen Nächstenliebe über das Buch decken. Doch hat der Verfasser uns wissen lassen, er sei erstaunt, daß auch wir das Buch toschweigen. So wollen wir denn einiges darüber sagen, um den seihen unseren Lesern gegebenen Rat zu begründen.

Die Störungen der Wirtschaft sind von Unterbrechungen der Zirkulation verursacht. Das ist Walkers grundlegende Behauptung. Er meint: „Sobald der Austausch der Güter und Leistungen wegen ungenügender Versorgung der Wirtschaft mit Zahlungsmitteln stockt; häufen sich Güter, die keinen Absatz finden, und mehren sich Arbeitskräfte, die brachliegen müssen.“ (Seite 31.) — Zahlungsmittel sind bekanntlich auch in Krisenzeiten genug da! Walker kann höchstens meinen, daß sie nicht an der richtigen Stelle sind, also zum Beispiel nicht bei den Konsumenten. Dann wirft er aber ein Problem der Verteilung der Kaufkraft auf, und keines der Verteilung der Zahlungsmittel. Die kapitalistischen Wirtschaftskrisen werden in der Tat dadurch verursacht, daß die Kaufkraft unter die Angehörigen der verschiedenen Klassen ungleich verteilt ist. Infolgedessen können die Ausgebeuteten längst nicht alle Textilwaren kaufen, die produziert werden können. So wenig man in Deutschland durch Verbesserung des Güterzug-Fahrplans — bei gleichbleibender Kaufkraftverteilung — die Versorgung der Ausgebeuteten mit Kleidern verbessern kann, so wenig auch durch Aenderung der Versorgung der Gesellschaft mit Zahlungsmitteln! Die Versorgung der Einzelnen mit Textilwaren und ebenso mit Zahlungsmitteln hängt ab von der Verteilung der Kaufkraft. Die Zahlungsmittel in den Vordet-

grund zu rücken, lenkt also von dem eigentlichen Problem ab.

Ein mißglückter Versuch, aus der Geschichte zu beweisen, daß stets das Geld an Wirtschaftstörungen schuld ist: Zu der Behauptung, das Verhältnis zwischen Geld- und Warenmenge könne auch durch Verengerung der Warenmenge gestört werden, äußert sich unser werter Kenner der Wirtschaft: „Es ist aber, wenigstens aus der neueren Zeit, kein Fall bekannt, wo die Störung von der Wareseite her gekommen wäre.“ (Seite 46.) — Wir wollen seinen Kenntnissen etwas aufhelfen: In jeder belagerten Festung, auch im boykottierten Deutschland, ist dieser Fall eingetreten!

Stabiler Durchschnittspreisstand. Nach Walkers Ansicht „legt der einzelne Wirtschaftende Wert darauf, daß eine bestimmte Summe Geld zu jeder Zeit im Durchschnitt dieselbe Menge Waren eintauscht. Er wünscht die Stabilität des Durchschnittspreisstandes.“ (Seite 37.) — Wer sich an wirkliche statt an ausgedachte Personen hält, der kann leicht feststellen, daß diesen die „Stabilität des Durchschnittspreisstandes“ völlig schnurz ist. Alle wünschen, daß die Waren, die sie kaufen, möglichst billig, und die anderen, die sie verkaufen, möglichst teuer sind.

Das von sozialer Not erlösende Schwundgeld! „Nur die Geldscheine unterliegen dem Nennwertverlust, den aber der zu tragen hat, der denn Schein am Fälligkeitstag besitzt. Ein Guthaben von 1000 Mark bleibt ein Guthaben von 1000 Mark.“ (Seite 52.) — Wenn der Nennwert der Guthaben nicht schwindet — das wäre übrigens technisch kaum durchführbar —, dann läuft die Einführung eines Schwundgeldes auf die Besteuerung der Massen hinaus. Die Reichen zahlen alle großen Beträge mit Hilfe von Schecks auf ihre nicht schwindenden Guthaben und erleiden lediglich im täglichen Kleinverkehr einen für sie kaum spürbaren Verlust. Gerade bei den Ärmsten wird der ganze Geldumsatz besteuert. Dabei ist es gleichgültig, ob sie selber die Steuer bezahlen oder ihre Lieferanten sie in den Preis einkalkulieren!

Gegen die Goldwährung: „Selbst wenn die Goldwährungstheorie ... noch einigermaßen stichhaltig wäre, müßte die Gefahr einer kommenden Goldknappheit, wie sie unter anderem von Professor G. Cassel (Schweden) und J. M. Keynes (England) seit langem schon vorhergesagt wurde, Zweifel an der Zweckmäßigkeit dieser Währung wecken.“ (S. 40.) — Wie wäre es, wenn der Verfasser, statt sich auf Autori-

täten zu berufen, einige Statistiken lesen würde? Diese zeigen nämlich allen Prophezeiungen zum Trotz — übrigens der von uns vertretenen Theorie genau entsprechend — ein Steigen der Goldproduktion.

Noch ein Angriff auf die Goldwährung: „Bei einem Dollarkurs von 4,23 Mark verschwindet der letzte Amerikaner vom deutschen Markt. Dafür öffnen sich die Kellergewölbe der Reichsbank, aus denen nun die Goldbarren abwandern.“ (Seite 56.) — Thörichtes, ausgedachtes Zeug! Beim Dollarkurs von 4,23 Mark wird es allerdings rentabler, statt Dollarkurs zu diesem Kurs zu kaufen, Gold zu kaufen, dieses nach den USA zu schicken und es dort in Dollar umzuwechseln. Es ist aber gar keine Rede davon, daß dann der letzte Amerikanische Warenkäufer vom deutschen Markt verschwindet. Das normale Warengeschäft geht zunächst weiter wie zuvor; der Goldabfluß aus Deutschland führt zu einer Einschränkung der Notenbankkredite, diese Einschränkung zu einer Senkung der deutschen Preise und damit zu einer Steigerung der Ausfuhr nach den USA.

Ein dritter Angriff auf die Goldwährung: „Was ist nun aber der Zweck des Geldes? Soll das Geld dem Konsum dienen? — oder den Gütertausch vermitteln? Möglich ist doch nur eines von beiden. Entweder hält man sich an die Brauchbarkeit des Geldstoffes und verwendet ihn zu Zahnkronen, Schmucksachen u. s. w.; dann hört er auf, Tauschmittel zu sein; oder man schätzt das Geld als Tauschmittel und verzichtet darauf, es anderweitig zu verwenden.“ (Seite 41.) — Daß man dasselbe Stück Gold nicht gleichzeitig als Münze und Zahnkrone verwenden kann, darin stimmen wir gewiß mit dem Verfasser, der den Suchenden Gewißheit bietet, überein. Seine Behauptung bezieht sich aber, da er den Suchenden doch kaum solche Banalitäten zu bieten wagt, doch wohl allgemein auf das Gold. Wir verraten ihm deshalb — um durch ein Gleichnis selbst in einem ziemlich hoffnungslosen Fall eine Belehrung zu versuchen —, daß man zum Beispiel sein Buch nach einander zu verschiedenen Zwecken verwenden kann: zunächst zur Bereicherung der Kenntnis über die Unkenntnis des Verfassers und dann zum Anheizen.

Ich habe die Lektüre nach 60 Seiten als Zeitverschwendung abgebrochen.

Hellmut Rauschenplat.